

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. 46

Nov./Dez. 2009



- ★ Hähnchenschlachtfabrik in Wietze ★
- ★ Jedes sechste Kind lebt von Hartz IV ★
- ★ Neo-Nazi-Treiben in Eschede & Essel ★
- ★ 1989/90 – Wider die Vereinigung ★

INHALT

Geflügelschlachtbetrieb in Wietze	
Stehen wir vor dem Verhungern?	3
Bleiberechtsregelung gescheitert	
Viele Hoffnungen sind geplatzt	5
Sozial – Barometer - Celle	
Jedes 6. Kind lebt von Hartz IV	6
„Laternengespräche“	
Frieden schaffen mit mehr Waffen	8
Anachronistisches Treiben	
Erntefest beim Bauern von nebenan	10
„... SS-Mann, deine Ehre heißt Treue!“	
Neonazis und der Volkstrauertag	12
Nachrichten mit Verfallsdatum	14
Neues aus der Absage-Agentur	
Kein Bock auf KiK	16
Hystereische Attacke gegen das Bunte Haus	
Schomburg außer Rand und Band	17
Gerhus – den Nazis den Boden entziehen	
Was hat den der Löns damit zu tun?	19
Veranstaltungsreihe im Bunten Haus	
Alternativ leben!?!	21
Neues Projekt im Bunten Haus	
Die Siebdruckwerkstatt	22
Buntes Haus / Info-Café	
Veranstaltungen zum 9.11.	23
Aspekte einer Bilanz nach 20 Jahren	
Die DDR und die neuen Bundesländer	24
Zur Geschichte der Neuen sozialen Bewegungen	
1989/1990 - Nie wieder Deutschland	26
Termine KINO 8 1/2	30
Termine in Kultur & Politik	31

H
A
L
L
O



*Falls Freiheit überhaupt irgendetwas bedeutet,
dann bedeutet sie das Recht darauf, den Leuten das zu
sagen, was sie nicht hören wollen.*

George Orwell

Am Wochenende unseres Redaktionsschlusses durften wir in der CZ lesen, dass einer unserer absoluten „Lieblinge“ uns verlassen wird: Gerd Schomburg soll gehen. Genau das ist unsere Forderung auf Seite 17. Wir haben jetzt nichts mehr am Artikel geändert; also: Künftig nie mehr die Wirkmacht unseres Blattes unterschätzen. Schon vor der Drucklegung bringen unsere Artikel die Verhältnisse zum Tanzen!

Im Übrigen: Diesmal sind es 32 Seiten, und trotzdem haben wir nicht alles untergekrigelt.

Wir belästigen euch dann erst wieder im Februar mit einer neuen Ausgabe – gönnen uns mal ein Püschchen und hoffen derweil darauf, dass ihr uns einen klitzekleinen Teil der euch erreichenden Weihnachtswendungen abtretet. Die Kontonummer findet ihr unten im Kasten und auch die e-mail-Adresse für Leser_innen-Reaktionen.

die Redaktion

Foto Berlin (Titel): Karin Behr/PubliXvieinG

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle

V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://mitglied.lycos.de/Revista/>

erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,

kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)

Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Stehen wir vor dem Verhungern?

Im Landkreis Celle soll die größte Firmenansiedlung seit Jahrzehnten stattfinden. Die Emsland Frischgeflügel GmbH (mit Firmenchef Franz-Josef Rothkötter) will in Wietze einen Geflügelschlachtbetrieb errichten. Landrat Wiswe und große Mehrheiten in Gemeinderat und Kreistag zeigten sich begeistert. Schließlich geht es um 250 Arbeitsplätze, deren Zahl sich in einer Ausbauphase verdoppeln könnte. Es geht nicht allein um den Schlacht- und den Zerlegebetrieb – denn im Umkreis von 100 km sollen sich 100 – 150 Mastställe ansiedeln. Das bedeutet eine erhebliche Umstrukturierung der Landwirtschaft in den Kreisen Celle, SFA, Uelzen, Gifhorn usw. Eine eindeutige Ablehnung des Projekts findet sich politisch bisher nur in den Reihen der Bündnisgrünen und einer frisch gegründeten Bürgerinitiative.

Warum Wietze?

Scheinbar gibt es einen Boom in der Geflügelmast. Im sowieso schon dicht besetzten Emsland sind Geflügelställe für 12 Millionen Tiere in Planung, in Vechta für 5 Millionen und im Landkreis Osnabrück für über 1 Million Tiere. Und um den Westen Niedersachsens zu entlasten, puscht die Landesregierung jetzt noch einen „Hähnchen-Highway“ entlang der A 7.

Bei der Standortsuche waren sicher zwei Aspekte wichtig: Die Nähe zur Autobahn und die Lage im ehemaligen Regierungsbezirk Lüneburg, denn da lassen sich noch die so genannten „Ziel 1“-Fördermittel der EU abgreifen. Auch legen sich Kreis und Gemeinde mächtig ins Zeug: Für die erforderliche Umsiedlung des Polizeihundesportvereins will Wietze 400.000 Euro aufwenden; für Erschließungsarbeiten weitere 1,4 Millionen Euro. Und es kursiert das Gerücht, dass die Gemeinde für die erforderlichen Grundstücksankäufe 16 Euro pro m² zahlt, um den m² dann für 6 Euro an den Investor weiterzugeben. Bei 21 ha wäre das eine zusätzliche erkleckliche Subventionierung in Höhe von rund 2 Millionen Euro. Es ist deshalb wahrscheinlich nicht einmal gelogen, wenn Firmenchef Rothkötter – laut Pressemitteilung des Landkreises – so zitiert wird: *„Entscheidend war für mich letztlich aber nicht nur die Qualität des Standorts, sondern auch die hervorragende Unterstützung insbesondere durch Landrat und Bürgermeister, durch die Wirtschaftsförderung des Landkreises und durch die Gemeindeverwaltung.“*

Noch ein letztes: Während die Region Weser/Ems mit rund 3 Großvieheinheiten pro ha hoch intensiviert ist, liegt die GV/ha in Celle bei 0,6 und in Gifhorn bei 0,3. Die Bevölkerung ist noch nicht gestresst und die landwirtschaftlichen Betriebe haben Potenziale.

Warum Geflügel?

Geflügel stellt aktuell einen stabilen Markt mit Zuwachschancen dar. In den vergangenen Jahren wurden pro Kopf der deutschen Bevölkerung zwischen 10 und 11 kg Geflügelfleisch pro Jahr gegessen. Die inländische Produktion kann diesen Bedarf zu 100 Prozent decken. Da die Schlachtereie auf Frischgeflügel ausgerichtet ist, ist es nicht die Exportschiene auf die Rothkötter setzt. Er spekuliert auf eine Steigerung des pro Kopf-Verbrauchs auf bis zu 15 kg.

In welchen Dimensionen?

Die Zahlen sind kaum vorstellbar. Pro Woche sollen bis zu 1.000.000 Tiere in Wietze geschlachtet werden. Mit etwa 40 LKW-Anlieferungen pro Tag hat die Gemeinde Wietze zu rechnen. Pro Tag werden 2000 m² Trinkwasser benötigt. In den Ställen werden in der Regel knapp 40.000 Tiere gemästet, fünf bis sechs Wochen bis zur Schlachtreife – also

rund acht Durchgänge pro Jahr.

„Gute“ Arbeit?

In seiner Emsländischen Firma in Haren zahlt Rothkötter Akkordlöhne, die 10 bis 13 Euro pro Stunde bringen sollen. Nach sechs Monaten Betriebszugehörigkeit bekämen die Beschäftigten mindestens 10,20 Euro. Rund 90 % der Belegschaft dort sind Festangestellte, etwa 10 % Leiharbeiter. Die Arbeitsbedingungen aber sind äußerst hart: Lärm, Blaulicht und 4 °C (d.h. Wärmeschutzkleidung).

Attraktiv für Landwirte?

Rothkötter hofft auf 100 – 150 landwirtschaftliche Betriebe, die in der Region als Vertragsmäster einsteigen. Kreislandwirt Mente rechnet mit 10- 20 Bauern im Landkreis, die diese aus seiner Sicht „interessante Alternative“ nutzen würden. Auf den einzelnen Landwirt käme mit rund einer halben Million Euro für eine Stallung für 40.000 Tiere zwar eine enorme Investition zu. Aber: Die Gewinne wären bei einem stabilen Markt



lohnend. Rund 25 – 30.000 Euro würde ein derartiger Stall bringen. Dazu kämen der anfallende Dünger mit einem Wert von rund 15.000 Euro. Also bis zu 40.000 Euro jährlich. Und das bei einem vergleichsweise geringen Arbeitseinsatz: Die Anlagen sind automatisiert und brauchen wenig Personal. Dreimal am Tag werden bei einem Durchgang die toten Tiere entfernt. Die Hauptarbeit kommt, wenn die Ställe für den nächsten Mastdurchgang gesäubert werden müssen. - Im Landkreis Celle leben die Betriebe bisher vor allem von Weizen (19.000 ha), Schweinen und Biogas/Mais (10.000 ha). Den Weizen könnten Geflügelmäster (mit bis zu 65 %) dem Kraftfutter zumischen, das sie von Rothkötter beziehen müssen.

Und die Umwelt?

Das gravierendste ökologische Problem bei der Industrieschlachtereierzeugung ist sicherlich der Wasserverbrauch. Die Region leidet unter Wasserstress, viele Feuchtgebiete sind heute schon trocken gefallen. Was hätte ein (eventueller) betriebseigener Brunnen für die Umgebung für Folgen? Und auch die Entsorgung des Abwassers bereitet angesichts der Nährstoffhaltigkeit Probleme, wenn es in die Aller geleitet würde. Die Alternative der Verrieselung würde zwar den Wasserstress nicht verschärfen, wirft aber Fragen wegen der Schadstoffrückstände auf.

Spürbar dürften auch die Auswirkungen der Stallungen sein. Da man sich Filter spart, bilden Feinstäube, Sporen, Keime ein großes Problem, das sich in einem erhöhten Atemwegsrisiko ausdrückt. Und mindestens die sechswöchigen Stallsäuberungen stellen dann selbst für weniger feine Nasen eine Belastung dar.

Wie artgerecht ist die Tierhaltung?

Falsche Frage. Wo es in der Verordnungssprache nicht einmal mehr um die Zahl der Tiere geht, die pro Quadratmeter gehalten werden dürfen, sondern sich dieser „Besatz“ in kg ausdrückt, ist alles zu spät. Die 35 Kilo pro m² lassen sich in 25 Tiere umrechnen. Und angesichts der Zucht-„Anstrengungen“ dürfte der Mäster auch nur noch das Fleisch sehen und nicht das Tier. Aufgrund der zuchtbedingt übergroßen Brust verlagert sich der Körperschwerpunkt. Dadurch entstehen Deformationen in Beinen und Hüften. 30 % der Tiere humpeln und lahmen während ihres kurzen Lebens und könnten sich auch bei mehr Platz nicht mehr bewegen.

Wollen wir damit leben?

Die meisten scheinbar ja. Auch wenn die Infoveranstaltung der Bündnisgrünen Mitte Oktober mit rund 100 Bürger_innen gut besucht war, beeindruckt das die politischen Mehrheiten kaum. Bis auf Bündnisgrüne und LINKE halten es die Parteien nicht einmal für erforderlich, sich öffentlich zu äußern. Wachstum ist und bleibt die Heilige Kuh für CDU/SPD/FDP. Immerhin verhalten sich die Bündnisgrünen nicht gemäß ihres Wahlkampfzettels „Jobs, Jobs, Jobs“, sondern sagen ein eindeutiges „Nein“. Ihr Wietzer Ratsmitglied Claus Friedrich Schrader argumentiert so: „*Welche nachteiligen*

Beeinträchtigungen sich aus der Konzentration der Massentierhaltung in einer Region für die Umwelt ergeben können, ist für eine breite Öffentlichkeit am Beispiel Emsland ohne größere Schwierigkeiten nachvollziehbar. Diese ökologischen Probleme sind also bekannt: Industrielle Tierhaltung auf Kosten der Gesundheit von Wasser, Luft und Boden. Emissionen durch Lärm, Feinstaub, Gase und Gerüche. Ich möchte [...] nicht [...], dass hier im Landkreis Celle innerhalb weniger Jahre emsländische Verhältnisse, im Bezug auf die Massentierhaltung, entstehen!“ Die Besucher_innen der Info-Veranstaltung sahen das zu 90 % ähnlich; und es wurde eine Bürgerinitiative gegründet.

DIE LINKE hat erstmals in ihrer kurzen Geschichte inhaltlich ein Problem. Ihr Wietzer Gemeinderatsmitglied Sabri Kizilhan hat dem Projekt zugestimmt. Die Kreistagsfraktion will, wie man hört, gegen eine finanzielle Förderung durch den Landkreis stimmen. Der Beschluss des Kreisverbands zählt unter bestimmten Bedingungen die Gemeinde Wietze und die Beschäftigten zu den „Gewinnern“, der Arbeitsplatzgewinn würde aber durch umweltbelastenden Stallungen zu einem Risiko für den Tourismus führen. Kritisiert wird auch die industrielle Massentierhaltung. Da ihre Forderung dazu lautet, „*die Tierhaltung muss artgerecht sein und darf die Würde unserer Gesellschaft nicht verletzen*“, lässt sich der Beschluss unter dem Strich als ein „Nein“ interpretieren.



Angesichts der Planungen könnte man den Eindruck gewinnen, wir wären am Verhungern? Wohl kaum: Bei der Geflügelmast werden vier Kilogramm Getreide in ein Kilogramm Fleisch verwandelt. Europa ist nicht in der Lage, genug Futter zu produzieren, um den Fleischhunger zu befriedigen: Deshalb werden 77 % – zum größten Teil aus Lateinamerika - eingeführt. Fleisch ist kein lebensnotwendiges Nahrungsmittel, Fleischessen ist eine Angewohnheit, eine schlechte zudem. Denn dafür verbrennen Regenwälder, um Platz für Futtergetreidefelder zu schaffen. Mit allen Folgen für Klimawandel und Welternährungsprobleme. Fleischkonsum muss reduziert werden, gerade im reichen Westen, dessen Lebensgewohnheiten Modellcharakter für die Schwellenländer haben.

Viele Hoffnungen sind geplatzt

“Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen!“ So kurz und klar ist die Forderung von Flüchtlingsinitiativen zum Thema Bleiberecht. Aber Flüchtlinge, deren Asylantrag abgelehnt wurde, leben in Deutschland über Jahre hinweg ohne Aufenthaltsperspektive unter dem entrechtenden Status der Duldung.

Mit zwei Bleiberechtsregelungen sollte wenigsten für einen großen Teil der Menschen Praxis der so genannten „Kettenduldungen“ ein Ende haben: die erste Ende 2006 durch Beschluss der Innenminister (Bleiberechtsregelung der IMK), die zweite im Zuge der Änderung des Zuwanderungsgesetzes 2007 (gesetzliche Altfallregelung). Aber das Ziel wurde nicht erreicht. Ende diesen Jahres läuft die Altfallregelung aus. Ihr offensichtliches Scheitern bedeutet für die Betroffenen, erneut einem Leben in Angst vor Abschiebung ausgesetzt zu sein.

Im Juni bereiste eine Delegation der Landtagsfraktion der Bündnisgrünen die niedersächsischen Städte und Kreise, um sich ein Bild über die Umsetzung der Bleiberechtsregelung vor Ort zu machen. Dabei wurden ernüchternde Zahlen offenbar: In der Stadt Celle leben 167 geduldete Flüchtlinge. 53 von ihnen (32 %) ergriffen den sich ihnen bietenden Strohalm. Das Ergebnis im Juni: Ganze 17 erhielten eine Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“, 26 Anträge waren abgelehnt worden und über 10 hatte die Ausländerbehörde noch nicht entschieden.

Für den Landkreis legte die Verwaltung auf Anfrage des Kreistagsabgeordneten Hauptmeyer im Juni detaillierte Zahlen vor: Nach der IMK-Bleiberechtsregelung wurden 35 Aufenthaltstitel erteilt. In der Folgezeit nutzten – nach Auskunft der Verwaltung – alle in Frage kommenden Personen, die Chance Anträge im Rahmen der Altfallregelung zu stellen. Für die noch 153 geduldeten Flüchtlingen sind noch 45 Anträge in Bearbeitung. Es wurden 14 Aufenthaltserlaubnisse „auf Probe“ erteilt, neun Anträge wurden abgelehnt, 3 hatten sich auf andere Weise erledigt und über 19 Anträge konnte nicht abschließend entschieden werden, da bis dahin keine Pässe vorgelegt wurden.

Diese Auswertung ist als Zwischenstand zu betrachten. Insbesondere die Altfallregelung scheint aber kaum Wirkung zu zeigen.

Von den „auf Probe“ erteilten Aufenthaltserlaubnissen werden die allermeisten zum Jahresende auslaufen. Denn: Die Altfallregelung ist nicht von humanitären Gesichtspunkten getragen, sondern von Nützlichkeits-erwägungen. Bleiben darf nur, wer in der Lage ist, den Lebensunterhalt für sich (und seine Familie) selbst zu bestreiten. Diese Anforderung ist nach jahrelangen Ar-

beitsverboten für Geduldete nur schwer erreichbar. Die dramatische Wirtschaftskrise hat die Situation zusätzlich verschärft. Geradezu perfide: Auch von Alten, Kranken und Menschen mit Behinderung wird verlangt, dass sie ihren Lebensunterhalt einschließlich der erforderlichen Betreuung und Pflege ohne staatliche Leistungen dauerhaft eigenständig sichern. So werden benachteiligte Gruppen von einer sicheren Aufenthaltsperspektive ausgeschlossen. Hier bleibt die Humanität aus wirtschaftlichen Gründen auf der Strecke.

Von vornherein hatten beide Bleiberechtsregelungen eng gefassten Ausschlussgründe, die viele Flüchtlinge im Abseits stehen ließen. Nur, wer bis zu einem bestimmten Stichtag nach Deutschland eingereist war, konnte sie in Anspruch nehmen: Familien mussten sechs, Einzelpersonen acht Jahre in Deutschland leben.

Das ist einer der Gründe, warum von den bundesweit etwa 105.000 geduldeten Flüchtlingen nur rund 35.000 Personen eine Aufenthaltserlaubnis nach der gesetzlichen Altfallregelung erhalten haben und davon 80 Prozent „auf Probe“. Obwohl es sogar fast der Hälfte der Antragsteller_innen zu gelingen scheint, den Lebensunterhalt selbst zu sichern, bleiben bis zu 20.000 Flüchtlinge die wieder in den Duldungsstatus zurückfallen werden.

Flüchtlingsinitiativen wie auch der Celler Arbeitskreis Ausländer fordern daher eine umgehende Entfristung der geltenden Altfallregelung und die Ergänzung der Bleiberechtsregelung durch eine Sozialklausel, die eine Erteilung auch für langjährig geduldete Alte, Kranke oder Behinderte ermöglicht. Auf die Schwierigkeiten verweist auch ein offener Brief an Innenminister Schäuble von Seiten des mit EU-Mitteln ins Leben gerufenen Projekts „basic Celle“. Basic verfolgt das Ziel, Bleibeberechtigte und Flüchtlinge in ihrem Bemühen zu unterstützen, sich nachhaltig in den Arbeitsmarkt der Region Celle zu integrieren. (www.basic-celle.de)

Mehr Infos unter <http://www.proasyl.de/> oder <http://www.nds-fluerat.org/>



**JETZT (VER)HANDELN:
SCHUTZSCHIRM FÜR FLÜCHTLINGSRECHTE!**

Jedes 6. Kind lebt von Hartz IV

Sozial-Zahlen aus dem Landkreis Celle dienen oft nur partikulares Argumentationsbeiwerk von Politik und Journalismus. Im Landkreis Celle leben rund 180.000 Menschen, darunter knapp 30.000 Kinder unter 15 Jahren. Der Kreis weist eine Zahl von 68.000 Erwerbstätigen und eine rund 8 %-ige Arbeitslosenquote aus. Diese durchschnittlich wirkenden Ausgangsdaten veranschaulichen aber im Zusammenhang mit dem im Weiteren veröffentlichten Zahlen eine drastische soziale Schieflage.



Zahlen und Statistiken

Eine allgemeine Weisheit lautet: „Traue keiner Statistik, die Du nicht selbst gefälscht hast.“ Aber darum geht es bei einer genauen Betrachtung der Daten gar nicht. Vielmehr liegt die Irreführung durch Zahlen und Statistiken zur sozialen Lage der moralischen Frage zugrunde: „Ist es eine Lüge, die Wahrheit nur zu verschweigen?“ Wenn man entgegen dem Trend in Politik und Gesellschaft diese Frage bejaht, kommt man zu sehr interessanten Ergebnissen, die ein gänzlich anderes Bild von der sozialen Lage in Deutschland und auch der im Landkreis Celle zeichnen.

Datenquellen

Seit 2007 veröffentlicht die Agentur für Arbeit (www.arbeitsagentur.de) ihre Zahlen im Internet. So lassen sich für Branchen, Rechtskreise und auch Regionen quantitative und qualitative Aussagen zum Arbeitsmarkt aus der Statistik ablesen. Ein statistischer Report für jeden Kreis und jede kreisfreie Stadt „der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II“ gibt detaillierte Auskunft über die Situation und die Zusammensetzung von sogenannten Hartz IV – Bezieher_innen.

Das Statistische Bundesamt (www.destatis.de) sowie

der Nieders. Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie (www.lskn.niedersachsen.de) liefern den größten Teil der Basisdaten über Bevölkerung, Einkommen, Quartiere, Handel usw.. Diese lassen sich durch wirtschaftsbezogene Zahlen der Industrie und Handelskammer (www.IHK24-Lueneburg.de), dem Ranking der Initiative für Neue Soziale Marktforschung (www.insm-regionalranking.de) sowie der Niedersächsischen Landesbank N-Bank (www.Nbank.de) ergänzen. Letztere veröffentlicht auch Zahlen zum Wohnungs- und Immobilienmarkt, die aufschlussreicher sind als das, was vom Landkreis Celle postuliert wird.

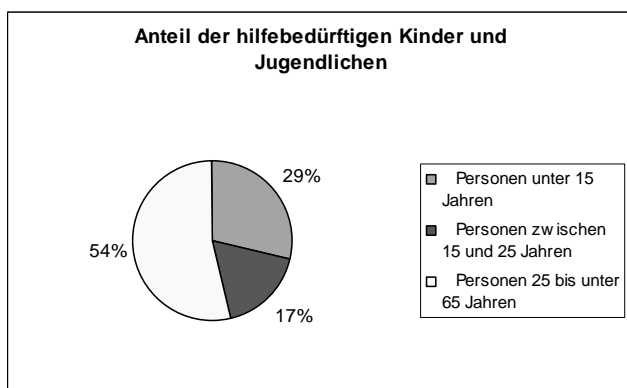
Arbeitslosenstatistik

Dass die Zahl der Menschen, die ohne Arbeit sind oder Arbeit suchen, real über den monatlich in der Presse veröffentlichten statistischen Arbeitslosenzahlen liegt, ist im Grunde jedermann bewusst. Die Bundesagentur für Arbeit macht daraus keinen Hehl und beschreibt sogar in jeder detaillierten Aufstellung, welche Personengruppen aus der Statistik heraus gerechnet wurden. So meldete die Agentur für Arbeit im August 2009 für den Landkreis Celle 7.036 Arbeitslose und gleichzeitig 12.909 Arbeitssuchende.

Die „Arbeitslosen“ sind grob beschrieben jene Menschen, die in der Statistik verbliebenen sind, weil sie sich gerade nicht in einer Qualifizierung, Übergangsphase, geringfügigen Beschäftigung, Arbeitsgelegenheit (Ein-Euro-Job) oder Krankheit befinden. Mit dieser verbliebenen Zahl wird die Arbeitslosenquote berechnet, die den prozentualen Anteil an allen zivilen Erwerbspersonen darstellt. Der Arbeitslosenquote von 8,4 % im August 2009 müssten im Landkreis Celle rein rechnerisch 83.761 zivile Erwerbspersonen zugrunde liegen. Wären es, wie vom Landkreis Celle angegeben, 68.000 Erwerbspersonen würde die Quote der Arbeitslosen bei 10,35 % liegen. Neben der Definition, wer als arbeitslos gilt, ist für die Berechnung der Arbeitslosenquote auch entscheidend, wer als Erwerbstätige_r gezählt wird. Hier gibt es hinsichtlich geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse unterschiedliche Auffassungen. Werden sie mit eingerechnet, erhöht sich die Zahl der Erwerbspersonen, womit die Arbeitslosequote sinkt.

Arbeitslose – ALG II-Empfänger_innen

Die Zahl bzw. die Quote der Arbeitslosen kann, so oder so gerechnet, nicht die soziale Situation der Bevölkerung widerspiegeln, da sie keine Aussage über die Hilfsbedürftigkeit, das Armutsniveau oder Lebensrealitäten am Existenzminimum erlaubt. Von den 7.036 Arbeitslosen werden 4.928 Personen als Leistungsbezieher_innen von ALG II ausgewiesen; das entspricht einer



Quote von 6,6 %.

Real umfasste die Zahl der ALG II – Empfänger im Landkreis Celle in den letzten vier Jahren durchschnittlich knapp 18.000 Menschen. Bei einer Einwohnerzahl von 180.000 Menschen im Landkreis Celle sind dies rund 10 % der Bevölkerung.

Damit liegt Celle deutschlandweit bei einer SGB II - Quote von 10,3 % im Mittelfeld, wobei im Vergleich mit 8,6 % in Westdeutschland die Zahl der ALG II - Empfänger_innen überdurchschnittlich hoch ist.

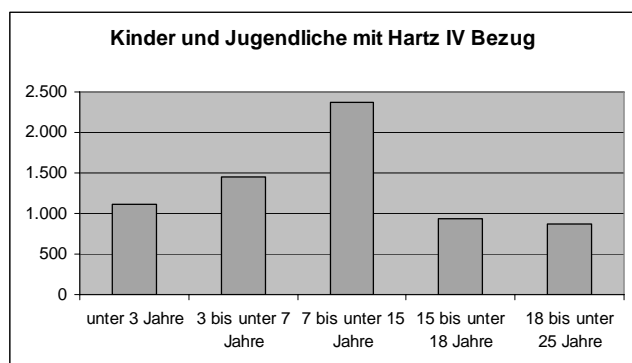
Kinder und Jugendliche – ALG II-Empfänger

Im Mai 2009 bezogen 17.055 Personen Leistungen nach dem SGB II. Darunter sind 4.949 Kinder unter 15 Jahren, die somit 29 % aller ALG II – Empfänger_innen stellen. Damit ist zugleich auch zu 98 % die Gruppe der „Nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ erfasst. Auf die Gesamtbevölkerung bezogen sind 16,5 % der Kinder betroffen, was bedeutet: Jedes sechste Kind im Landkreis Celle lebt direkt von „Hartz IV“.

Bei den Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahre, die schon als erwerbsfähig gelten, schlagen 2.822 Menschen zu Buche, also 17 % aller ALG II – Empfänger. Damit sind im Landkreis Celle knapp die Hälfte (46 %) aller direkt von Hartz IV betroffenen Personen Kinder und Jugendliche.

Ausblick

Diese Hälfte oder Seite von Hartz IV soll Thema der weiteren Betrachtung der sozialen Lage in Celle sein, in der nicht nur die Kinder und Jugendlichen sondern auch ihre Eltern und damit die Strukturen der 8.345 Bedarfsgemeinschaften (BG) im Landkreis Celle. In



3.225 dieser BGs leben Kindern unter 18 Jahren und in 2.872 BGs Kindern unter 15 Jahren.

Führt man sich weiterhin vor Augen, dass im Mai 2009 jede BG im Durchschnitt nur 330,93 Euro Regelleistungen erhielt, was durchschnittliche Regelleistungen je ALG II-Empfänger von 162,12 Euro bedeutet, muss auch intensiv beleuchtet werden, was Grundsicherung zum Leben in der Realität bedeuten.

Zum Schluss eine Hochrechnung

Zusätzlich zum ALG II erwirtschafteten 2.396 Personen ein Erwerbseinkommen. Dem dürften neben Normalverdiener_innen in großen BGs sicherlich viele geringfügige Beschäftigungen zugrunde liegen. Die Statistik der Agentur für Arbeit weist im Landkreis Celle 15.140 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse aus, von denen lediglich 4.190 im Nebenjob ausgeübt werden. Das bedeutet, dass 10.950 Menschen mit geringfügigen Beschäftigungen ihren Lebensunterhalt bestreiten, der wenn überhaupt, dann nur knapp über dem Hartz IV – Niveau liegt.

Rechnet man zu diesen Menschen noch ihre Kinder und Familien hinzu, kommen deutlich mehr Menschen zusammen, als allein schon die ALG II-Empfänger_innen ausmachen. Das bedeutet, ein Leben auf Hartz IV – Niveau ist für mehr als 25 Prozent der Bevölkerung, also für jede_n Vierte_n im Landkreis Celle alltägliche Realität.

Arbeitsagentur und Kurzarbeit

Dass bei der Kurzarbeit von Unternehmerseite getrickt wird, um einen kleinen Extraprofit einzufahren, ist bekannt. Wie leicht sich aber manche Arbeitsagenturen betrogen lassen, zeigte das ZDF-Magazin WISO in seiner Sendung am 5.10.2009 am Beispiel der Celler Arbeitsagentur. Das Sehnder Fuhrunternehmen BTS GmbH mit 40 Mitarbeitern hatte seit Jahresbeginn bei der Celler Arbeitsagentur Kurzarbeit angemeldet. Doch sowohl die Fahrer wie die Verwaltungsangestellten arbeiteten – so die Kernaussage des Magazinbeitrags - Vollzeit weiter. Teilweise wurde den Mitarbeitern die Differenz zwischen Kurzarbeitergeld und ihrem normalen Gehalt „schwarz“ ausgezahlt. Im September erstattete ein Mitarbeiter Anzeige beim Arbeitsamt. Dem war bis dahin nicht einmal aufgefallen, dass die Firma BTS zwar Kurzarbeit angemeldet hatte, gleichzeitig aber über genau diese Arbeitsagentur zwei Fahrer suchte. Ein klarer Fall von Betrug also, meinte ein von WISO befragter Arbeitsrechtler. Der WISO-Beitrag ließ nicht den Eindruck entstehen, als ob die Arbeitsagentur von selbst darauf geklickt wäre. Vielmehr redete Reinhard Feldmann, der für die Celler Behörde vor die Kamera trat, um den Brei herum.

Ende des zweiten Quartals 2009 hatten in der Arbeitsagentur Celle 242 Betriebe für 2.426 Beschäftigte Kurzarbeiterleistungen abgerechnet. Am Ende des ersten Quartals lagen von 278 Betrieben Abrechnungen für 1.891 Beschäftigte vor.



Frieden schaffen mit mehr Waffen

Eine menschenleere Celler Innenstadt bei Nacht. Fünf Laternen stehen beieinander und beginnen ein Gespräch.

Oma Lilo: Habt ihr das mitbekommen? Die Bundeswehr vermisst Celler Straßen.

Klein Jonas: Vielleicht haben sie noch alte Pläne und suchen die Ernst-Meyer-Allee und die Kurt-Blanke-Straße?

Die Dicke: Das riecht nach einem Ausrüstungsproblem. Ihr Auftrag, Herr Otte!

Der lange Lulatsch: Oh nööö – ja, sie vermisst Straßen, aber im Sinne von vermessen. Die laufen mit einem Maßband durch die Gegend und schauen nach, wo sie beim „Tag der Niedersachsen“ im nächsten Jahr ihr Kriegsgerät ausstellen können. Passt ja nicht überall hin – so ein Panzer.

Klein Jonas: Echt? Eine Panzerparade – vielleicht noch direkt vor unserer Nase?

Der Besserwisser: So wohl nicht. Das hat man vor vierzig Jahren noch gemacht, als das Panzerbataillon 34 nach Celle in die Freiherr-von-Fritsch-Kaserne kam. Jetzt sind sie ja weg – aber die Straße am Kasernengelände heißt noch immer nach dem Hitler-General und Antisemiten.

Oma Lilo: Da würde ich aber wetten, dass Super-Men.de das demnächst ändert, oder?

Der lange Lulatsch: ... und sich gleichzeitig dann schön zivilisiert damit abfinden, dass Kinder beim „Tag der Niedersachsen“ auf Panzern rumkrabbeln. Na danke.

Der Besserwisser: Aber genau so soll es doch sein. Mit Auschwitz die Interventionseinsätze der Bundeswehr begründen, wie Joseph Fischer es tat, und den Krieg in Afghanistan als humanitäres Hilfswerk zu verkaufen: Damit die Kriegswaisen auf die Schule können.

Die Dicke: Nach den 99 Toten bei diesem Tanklaster-Bombardement ist es damit ja aber ein bisschen vorbei.

Der lange Lulatsch: Ist wohl doch Krieg.

Der Besserwisser: Und nach acht Jahren Krieg ist Afghanistan ein Armenhaus, in dem jeder Zweite unter der Armutsgrenze lebt. Und es ist ein Totenhaus, in dem allein im ersten Halbjahr 2009 mehr als 1000 Unbeteiligte ums Leben kamen. Ach so: Von den Kindern, die wir ja unbedingt wieder zum geordneten Beten in Schulen schicken müssen, sind 54 Prozent unterernährt.

Die Dicke: Aber der neue Friedensnobelpreisträger will erst Mal mehr Soldaten. Frieden schaffen mit immer mehr Waffen.

Der lange Lulatsch: Die USA werden die Truppen erst dann abziehen, wenn sie das Land - wie den Irak - fest als Protektorat in das stra-

tegische Projekt »Greater Middle East« integriert haben.

Oma Lilo: Was soll das sein?

Der Besserwisser: Die strategische Lage Afghanistans im Zentrum der großen Konkurrenten um die Rohstoffe, China, Indien und Iran, ist nach wie vor Grund genug, das Land fest in das eurasische Vasallenkonzept einzugliedern und zu einem weiteren Stützpunkt im Umkreis des Iran auszubauen.

Die Dicke: Das sagt ja auch der Todenhöfer von der CDU. Und dass die USA eine Erdgaspipeline durchs Land bauen wollen.

Der lange Lulatsch: Die Entscheidung, in Afghanistan zu intervenieren und das Taliban-Regime zu stürzen, hatte die Bush-Regierung schon sechs Monate vor 9/11 getroffen. Sie wollen diese Pipeline, um China vom Zugang zu den zentralasiatischen Energieressourcen abzuschneiden, Russland zu schwächen und den Iran zu marginalisieren.

Oma Lilo: Und warum muss sich Deutschland dann am Hindukusch verteidigen? Kanada und die Niederlande ziehen ihre Truppen ab – warum nicht Deutschland?

Die Dicke: We're the 51st state of America.

Der Besserwisser: Dass die USA die einzige verbliebene Weltmacht sind, heißt doch nicht auf der anderen Seite, dass England oder Deutschland Vasallen wären. Deutschland hat ein eigenes Interesse und steht in Konkurrenz zu allen anderen. Da scheint es mal sinnvoll, gemeinsam mit anderen gegen die USA zu agieren wie im Irak-Krieg, um deren Weltmachtkurs zu bremsen und mal mit den USA gegen die anderen – wie in Afghanistan gegen Russland und China.

Der lange Lulatsch: Was aber nichts daran ändert, dass die USA bestimmen, wo gerade Ordnung geschaffen werden soll und mit welchen Mitteln.

Der Besserwisser: Selbstverständlich stellen die Konkurrenten immer wieder fest, dass sie sich nicht mit den USA auf Augenhöhe befinden. Und Deutschland ist militärisch gesehen ja noch nicht lange wieder dabei. Mit der Kriegsbeteiligung in Afghanistan will man sich in der ersten Liga der Staatenkonkurrenz etablieren und wegen der sich daraus ergebenden Sachzwanglogik den Umbau der Bundeswehr zur Interventionstruppe vorantreiben.

Die Dicke: Und mit dem Baron haben sie jetzt dafür den „Verkäufer des Jahres“ beauftragt.

Oma Lilo: Und? Was habe ich euch neulich prophezeit? Karl-Theodor kommt bald nach Celle – jetzt spätestens zum Trialog 2011.

Der lange Lulatsch: Na, wer weiß – der Hindukusch wird immer mehr zum Minenfeld, auch für Politiker. Für Jung war das Ende der Fahnenstange ja erreicht, als die 99 Luftballons, mit denen man die nationale Öffentlichkeit täuschen wollte, sich in 99 Tote verwandelten.

Der Besserwisser: Aber das ja nun nicht, weil die Bevölkerung, mit Dylans „Masters of War“ gesprochen, hinter die Maskerade geschaut hätte. Denn leider sagt hier niemand: „And I hope that you die / And your death'll come soon!“

Oma Lilo (singt leise die letzten Verse): And I'll watch while you're lowered / Down to your deathbed / And I'll stand o'er your grave / 'Til I'm sure that you're dead.”



Erntefest beim Bauern von nebenan

Braune Kulturevents sind für völkische und neonazistische Gruppen identitätsstiftende Rituale. Mit einbezogen in die Zeremonien werden längst auch die Kinder. Brauchtumsfeiern wie Sonnenwenden oder Erntedankfeste stärken die Neonazi-Szene nach innen. Nach dem Vorbild des Dritten Reiches soll die Gesinnungsgemeinschaft durch gemeinsame Rituale für die ganze Familie gefestigt werden. Im Nationalsozialismus galt der "Nährstand", also die Bauern, als tragende Säule der "Volksgemeinschaft". 1933 nahmen eine halbe Million Menschen am "Deutschen Erntedankfest" mit Adolf Hitler am Bückeberg bei Hameln teil. Das Motto lautete: "Blut - Boden - Arbeit". Im Laufe der Jahre stiegen die Zahlen auf über 1,3 Millionen Teilnehmer aus dem gesamten Reichsgebiet. "Im Rausch der feierlichen Atmosphäre des öffentlichen Festes steigerte sich die Empfänglichkeit des Publikums", beschreibt der Historiker Bernd Sösemann die Zeremonie in seinem Artikel "Wie die Nazis ihr Erntedankfest erfanden" ("Welt-Online", 14. 10.2008). Das Ritual auf dem Bückeberg zählt für Historiker heute mit zu den "Orten des schönen Scheins".

In den letzten Jahrzehnten wurden Brauchtumsfeiern überwiegend von völkischen und heidnischen Gruppen im Kern der Neonazi-Szene zelebriert. Doch zunehmend beteiligen sich nun auch Anhänger radikaler Freier Kameradschaften an diesen identitätsstiftenden Ritualen. Auch sie wissen: Bei braunen Kulturevents auf privatem Gelände ist man ungestört unter seinesgleichen. "Dieses Wochenende der Gemeinschaft, der völkischen Tradition, gibt uns allen Kraft", schwärmt einer der Mitorganisatoren, genannt "Eichenlaub" im neonazistischen Thiazi-Forum.

Vierjähriger trägt Tischspruch vor

Wie selbstbewusst sich die neue "NS-Bewegung" dabei fühlt, zeigt sich daran, dass sie inzwischen auch den Nachwuchs offen miteinbezieht. Zum diesjährigen Erntedankfest auf dem Hof Nahtz im niedersächsischen Eschede brachten ehemalige, verurteilte Gewalttäter wie der Tostedter Stefan Silar ihre Kinder mit. Der NPD-Funktionär Manfred Börm reiste gar mit zwei Bussen voller Kinder und Jugendlicher an. Auf der Homepage der als gewaltbereit geltenden "Kameradschaft Celle 73" heißt es: "Die anwesenden Kinder wurden mit einbezogen", als jüngster Redner dieses Festes habe "ein 4-jähriger Kamerad" einen Tischspruch vorgetragen.

Dennoch sah das zuständige Jugendamt in Celle keine Handhabe zum Einschreiten gegen die neonazistische Indoktrination. Die lokale SPD-Politikerin Kirsten Lühmann bemühte sich intensiv um

Vermittlung. Doch auch die Einsatzleitung der Polizei gab sich bis auf umfangreiche Vorabkontrollen an der Auffahrt zum Nahtz-Hof eher defensiv. "Da keine Tatsachen vorliegen würden, dass dort strafbare Handlungen vorgenommen werden", so der Polizei-sprecher, dürfe es keine "dauerhafte Beobachtung" geben.

Auf die Frage, ob das Verbot der "Heimattreuen Deutschen Jugend" und deren möglicher Nachfolgeaktivitäten von der Polizei überprüft werden würden, hieß es abweichend: man gebe im Bereich der "politischen Bewertung" keine Auskunft. So feierten über 150 Neonazis unter anderem aus Tostedt, Stade, Hildesheim, Hötter, Lippe, Schaumburg, Salzwedel, Winsen/Luhe, Gifhorn, Braunschweig, Rendsburg, Hannover, dem baden-württembergischen Mosbach, Hameln und Soltau-Fallingb. ungestört mit großem Festzelt, Erntekrone und sportlichem "Kräftemessen". Bei Bier und Lagerfeuer, mit "völkischen Gedichten" und Musik des Liedermachers Torstein aus Thüringen klang die "Feierstunde" nach Neonazi-Angaben aus.

Image des netten Bauern von nebenan

Erstmalig war eine Mahnwache in Sichtweite der Auffahrt zum Neonazi-Gelände in Eschede organisiert worden. Noch am Vorabend waren die Veranstalter unter anderem aus den Reihen des Arbeitskreises "Gegen Extremismus" in Eschede, der Kirche, vom Celler Forum gegen Rechts und vom DGB dann jedoch von der Polizei aufgefordert worden, ihre Protestaktion von der Landesstraße 281 weiter weg ins Ortszentrum zu verlagern. Die Organisatoren, mittlerweile erfahren durch den tagelangen Protest in Faßberg, lehnten ab, sie wollten sich nicht abdrängen lassen. Mit lila T-Shirts, auf denen stand "Die Heide blüht lila und nicht braun", und bunten Transparenten bauten sich ältere Menschen gemeinsam mit jüngeren auf und begrüßten die anreisenden Neonazis mit Pfiffen und Buh-Rufen. Frauen auf Klappstühlen strickten. Als der Chef des NPD-Ordnerdienstes Börm sich an der Straße aufbaute und die Gegendemonstranten fotografierte, schritt die Polizei nicht ein. Aber einschüchtern lassen wolle man sich in Eschede nicht mehr, so eine der Anwohnerinnen. Seit Jahren konnte Alteinwohner Joachim Nahtz auf eine breite Akzeptanz in dem Heideort zählen. Viele Menschen hatten Angst vor Protest. Immer mehr Jugendliche aus der Region nahmen an den Brauchtumsfeiern auf dem Finkenberg in Eschede teil, so reisten diesmal mindestens 13 Fahrzeuge aus Celle an. Beim letzten Treffen des Arbeitskreises wurden die Neonazis dann resolut zum Gehen aufgefordert. Sogar ein Konzert gegen Rechts wurde jüngst in die Wege geleitet.



Nahtz' Image des netten Bauers von nebenan setzt sich als scheinheilig durch. Seine Einladung "für alle" galt nicht für Medienvertreter. Die seien, so der NPD-Landwirt, "nicht erwünscht". Unterstützung bei der medialen Berichterstattung über das rechte Treiben auf dem Hof in Eschede lehnte auch die Polizei ab - dabei hatte gerade Bildmaterial von dem anachronistischen Pfingstlager der HDJ im Jahr 2007 für Aufklärung einer breiten Öffentlichkeit gesorgt.

Kameradschaft 73 mit Eselsmasken

Ihr Hauptaugenmerk schienen die Polizeikräfte einer anwesenden Hundertschaft eher auf die befürchtete Anreise linker Gegendemonstranten aus Hannover gerichtet zu haben, ließen Beobachter verlauten. So wurde schon mal ein Auto mit "verdächtig" aussehenden Insassen in "linkem Outfit" angehalten und kontrolliert.

Die Einsatzleitung gab Order: Journalisten könnten zwar den rund drei Kilometer langen, öffentlichen Schotterweg zum Neonazi-Treffpunkt fahren, aber Schutz würden sie dort nicht erhalten. Man habe nicht genug Personal, um die Journalisten bis vor den Hof zu begleiten, hieß es lapidar. So setzte die Stadt Eschede zwar erstmalig Zeichen - doch die Neonazis ließen die niedersächsischen Behörden ohne kontinuierliche Beobachtung gewähren.

Unbeachtet ließen die Verantwortlichen anscheinend die Tatsache, dass es im letzten Jahr einen Angriff auf einen Fotografen gegeben hatte; dass der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hannover jüngst vor der Gewaltbereitschaft der Neonazis aus der Lüneburger Heide gewarnt hatte. Und, dass am Morgen des 26. September dieses Jahres neun Ermittlungsverfahren gegen Anhänger der "Kameradschaft Celle 73" eingeleitet worden waren. Sie waren teils mit Eselsmasken durch die Fußgängerzone der ehemaligen Residenzstadt gezogen. Auf ihren Schildern stand: "Ich Esel glaube immer noch, dass die BRD ein Rechtsstaat ist". Gegen die Neonazis wurden Ermittlungen wegen Verunglimpfung des Staates aufgenommen, sie wurden einige Stunden lang erkennungsdienstlich behandelt.

29.09.2009 - Andrea Röpke: aus „Blick nach Rechts“



Zu den: Foto: Die Celler Neonazis ahmten eine Aktion nach, die Christan Worch gemeinsam mit Michael Kühnen und weiteren Mitstreitern 1978 in Hamburg durchzog. Schwarz uniformiert, mit Eselsmasken verkündeten sie auf Schildern: "Ich Esel glaube noch, dass in deutschen KZ's Juden vergast wurden".

Zur Blut- und Boden-Politik der Nazis gehörte die ideologische Aufwertung des „Bauernstandes“ und die Schaffung des „Reichsnährstandes“, als Zwangsvereinigung aller landwirtschaftlichen Betriebe und dort tätiger Personen – auf dem Foto sieht man das seinerzeitige Tharserseminar (heute Stadtbibliothek) in Celle mit dem Hakenkreuzsymbol des Reichsnährstandes.

Keine Anzeige

„... SS-Mann, deine Ehre heißt Treue!“ (Adolf Hitler)

Neonazis und der Volkstrauertag

Die Kameradschaftsnazis aus Celle und dem Raum Soltau-Fallingbostel haben den Soldatenfriedhof in Essel wieder als Wallfahrtsort entdeckt. Auch dieses Jahr werden sie wohl am Volkstrauertag ein anachronistisches Theater an den Gräbern ihrer SS-Idole durchführen. Wir sprachen mit DGB-Funktionär H-D Charly Braun vom Bündnis gegen Rechts Soltau-Fallingbostel über die Hintergründe.

?: *Warum hat dieser Soldatenfriedhof Essel für die Neonazis eigentlich so eine Bedeutung?*

!!: Am 11. April 1945 sollte eine zusammengewürfelte Truppe aus Marine-Soldaten, Reichsarbeitsdienst und Waffen-SS den Allerübergang bei Essel gegen die von Westen vordringenden Briten und US-Amerikaner verteidigen. Über hundert, z.T. erst 17-jährige, von dieser Truppe sind auf diesem Waldfriedhof begraben. Die Traditionsorganisationen wie die HIAG [Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS] nahmen das jahrzehntelang zum Anlass, um hier mit alten und jungen, deutschen und flämischen Militaristen und Faschisten am Volkstrauertag Heldenfeiern durchzuführen.

?: *In den 1980er Jahren gab es einen recht erfolgreichen Widerstand. Du warst dabei. Erzähl mal.*

!!: 1983 haben wir uns mit einer elfköpfigen Gruppe der DGB-Jugend unter die gespenstische Ansammlung gemischt. Unter den damals mehreren hundert Nazis waren: Marinekameradschaft, flämische Faschisten mit Fahnen, einige jüngere Nazis in schwarzem Leder mit langen Stiefeln, HIAG Waffen SS, Ordensbund der Ritterkreuzträger, Bund Notgemeinschaft Arbeitsdienst. Leute von der "Reservistenkameradschaft Militärsport Buchholz/Aller" machten in Bundeswehruniform Ehrbezeugungen vor den versammelten Faschisten. In den Reden wurde die Rote Armee zur "sowjetischen Dampfwalze". Sie dankten "den jungen Kämpfern der Waffen SS" und anderer Verbände, die hier "ihren Eid hielten" und "für Deutschland starben". Wir hielten ein Transparent hoch mit der Aufschrift "Verbot der HIAG Waffen-SS". Sofort wurde das Tuch zerrissen. Alte Männer und pelzbemantelte Frauen schlugen und traten

auf uns ein. Unser Glück war, dass zufällig ein Fernseh-team von "buten un binnen" von Radio Bremen dort war. Denen war zuvor von der HIAG verweigert worden, die rechte Versammlung im Esseler Dorfgasthof zu filmen.

1984 und 1985 schafften wir es, ein breites regionales und norddeutschlandweites Bündnis zusammen zu bekommen. Im Rahmen der 1984er Demo machten die GRÜNEN ein alternatives Gedenken. Da gab es dann auch einen Kranz mit schwarz-roter Schleife und dem Aufdruck "Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg". Nur wenige Nazis und Militaristen gelangten überhaupt auf den Friedhof. Unsere Demos 1984 und 1985 von Hademstorf zum Soldatenfriedhof waren zugleich das Aus für Nazi- und Militaristenaufläufe. Das hatte Wirkung auf weitere Jahre. Auch wenn noch einmal die, inzwischen längst verbotene, FAP oder versteckt und heimlich an anderen Tagen die HIAG auftauchte oder später mal die Celler Kameradschaft 73 - sie bekamen keine großen Heldenfeiern wieder hin. Ihre hinterlassenen braunen Duftmarken waren meist nach kurzer Zeit antifaschistisch entsorgt.

?: *Seit wann kommt die Neonazi-Szene wieder nach Essel? Gibt es Unterschiede - oder anders gefragt: Was treiben die Nazis heute an den Gräbern ihrer Idole? Und was versprechen sie sich von ihrem Theater?*

!!: Am Volkstrauertag 2007 wurden die regelmäßig wachenden wenigen Polizisten mit Hunden von 30 Kameradschaftsnazis aus Celle und Hildesheim überrascht. Es gab Handgreiflichkeiten auf den Gräbern. Die Nazifeier kam über einen Versuch nicht hinaus. Eine Woche später legt die HIAG Waffen-SS bei einer Gedenkfeier mit Fackeln ihren schwarz-geschleiften Kranz ab. - 2008 taucht dann eine 32-köpfige Gruppe mit Bührig [Kameradschaft 73 Celle], Behrens [Snevern-Jungs] und NPD-Landesvorständler auf. Die Polizei ließ sie nur zu jeweils Dritt auf den Friedhof. Auf den Gesteckschleifen von "Düütsche Deerns" und Snevern-Jungs stand jeweils "In stolzer Trauer" und "Sie starben für die, die für sie leben". Auf dem Celler Kranz: "Den gefallenen Helden beider Weltkriege". Bührig dankte



der Waffen-SS und fordert: „Ihr Opfer, unser Auftrag“. Er beschwerte sich darüber, dass „den Kindern Tag ein, Tag aus eingeredet wird, dass ihre Großeltern Verbrecher gewesen seien“. Zum Schluss sangen alle das „Treuelied der SS“. - Die verehrten Großeltern tauchen wieder sieben Tage später auf. 50 Alte und auch Junge. Ganze zwei Polizisten in Zivil waren im Einsatz.

?: Warum geht die Polizei mit Kameradschaften und der HIAG Waffen-SS so unterschiedlich um?

!: Innenminister Schönemann antwortete auf eine Landtagsanfrage der Linken zu Nazi-Auftritten an Volkstrauertagen bezüglich der HIAG einfach nur, dass sie nicht beobachtet würde. Die Verharmlosung wird also vom Innenministerium gestützt. Aber genau diese HIAG bindet junge Menschen direkt um sich, und genau wegen ihrer nationalistischen, rassistischen und militaristischen Haltung sind sie Vorbild der Neonazis.

?: Hängt da immer noch nach, dass die Waffen-SS nach 1945 immer verharmlost wurde?

!: Ja, und das obwohl der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg 1946 die Waffen-SS zur verbrecherischen Organisation erklärte. Die Waffen-SS hatte den Ruf, besonders rücksichtslos gegenüber Gefangenen und Zivilbevölkerung zu sein. Sie war am Holocaust und zahllosen Kriegsverbrechen beteiligt.

?: Kannst du noch was zur Haltung der Bevölkerung vor Ort sagen?

!: Der Schwarmstedter Polizeichef meint, es interessiert hier keinen und: „Wir wollen den Rechten keine Bühne bieten“. Er ist auch SPD-Sprecher im Gemeinderat Essel, und man sollte meinen, er kennt Volkes Meinung. Wie an vielen Orten, wo es um Nazis geht, versuchen Verantwortliche, das Thema tief zu hängen. Ich habe nach den letzten Ereignissen viele Nachfragen aus den umliegenden Dörfern gehabt. Sympathie für Kameradschaften und HIAG war nicht dabei. Den Soldatenfriedhof als regelmäßigen Nazi-Wallfahrtsort will niemand, auch nicht der Polizeichef.

?: Gibt es dieses Jahr Protestaktionen?

!: Nazis, egal welcher Organisation, gewinnen durch das Stillhalten anderer mehr Akzeptanz, Anhang und Einfluss - besonders in Köpfen. Also ist das Erste, was wir tun, über HIAG Waffen-SS, Kameradschaften und Soldatenfriedhof Essel aufzuklären. Das tun wir mit Veranstaltungen in Hannover und Schwarmstedt. Am Volkstrauertag selbst, also dem 15. November, laden wir ein zum 1. Sonntagsspaziergang. Treff ist um 13.30 Uhr in Hademstorf am Gasthof "Zum Herzog von Celle" nahe am Bahnhof. Dann gehen wir 2 km die Landstraße entlang Richtung Hannover bis zum Soldatenfriedhof Essel. Von Celle aus überquert man die A7 bei der Raststätte Allertal und ist nach 3 km in Richtung Walsrode am Treffpunkt. Nehmt heißen Tee mit. Es kann drei Stunden dauern. Und die Woche drauf wünschen wir uns allerlei Neugierige und Journalist_innen vor Ort.



Fotos vom Volkstrauertag 2008 am Soldatenfriedhof Essel: recherche lueneburger-heide

Plakat-Sprayer erwischt ...

... verkündete die Polizei in einer Pressemitteilung vom 24.09. – naja, abgesehen davon, dass sie die Personalien von Tatverdächtigen feststellte hatten, wurde so zur Meldung, was sowieso überall zu sehen war. Die NPD hatte sich in der letzten Woche vor der Bundestagswahl doch noch dazu aufgegriffen, mit rassistischen Plakate das Stadtbild zu beeinträchtigen. Aber außerordentlich fix war ein beträchtlicher Teil der Plakate nicht mehr zu lesen, weil mit Farbe versehen oder schlicht entfernt. Und wer war's? Die Celler Polizei hat herausgefunden, dass das Pärchen, von dem sie die Personalien feststellte, „der linken Szene zuzurechnen“ ist. Die Gesinnung hat wahrscheinlich auch der im Bericht erwähnte Diensthund „Carlo“ erschnüffelt, der auch Tatwerkzeuge im Gebüsch gefunden haben soll. Am Tag darauf wusste die CZ sogar, dass „die beide der linksextremen Szene um das Bunte Haus zuzurechnen sind“. Ansonsten wurde die Polizeimeldung wortwörtlich abgeschrieben, aber dann wollte man scheinbar einfach noch so einen drauflegen. – Lustig war dann eigentlich nur, dass man neben diesen Bericht als weitere Meldung platzierte, dass der Nienhagener Pastor Uwe Schmidt-Seffers bei der Staatsanwaltschaft Celle eine Strafanzeige gegen die NPD wegen eines Wahlplakates gestellt. Zwar mag man sich darüber wundern, dass Schmidt-Seffers sich dafür gerade das Kanzlerin-Motiv mit dem Slogan "Abwracken" ausgesucht hat und nicht das ausländerfeindliche „Gute Heimreise“ – aber egal.



Wie der Landkreis Celle Familien frieren lassen will

Die Heizenergie ist in den vergangenen Jahren zu einem unübersehbaren Kostenfaktor geworden. Und genau deshalb wird dies häufig zu einem Streitpunkt zwischen den Arbeitsagenturen und den langzeiterwerbslosen Leistungsempfängern. Da der Gesetzgeber sich mit dem unbestimmten Rechtsbegriff der „Angemessenheit“ aus der Verantwortung gestohlen hat, gibt es Konflikte um die Frage, was angemessene Heizkosten sind. In Celle hat der Landkreis im Rahmen der gesetzlich möglichen Aufgabenteilung mit der Arbeitsagentur die „Kosten der Unterkunft“ zu erstatten. Dort ist man behördenseitig jetzt der Auffassung, eine 4-köpfige Familie müsse mit 30 Euro monatlich auskommen.

Beratungsinitiativen vor Ort finden diese Auffassung skandalös. Birgit Schröder von der Erwerbsloseninitiative „sic – sozial in Celle“: „Was der Landkreis in Sachen Heizkostenerstattung auf-führt, ist einfach nur noch absurd.“ In zwei von drei Bescheiden, die sie in der Beratung prüfen, wären Kürzungen bei den Heizkosten vorgenommen. „Wer Widerspruch einlegt und vors Sozialgericht zieht, bekommt in den allermeisten Fällen die tatsächlichen Kosten erstattet. Aber unterm Strich scheint der Landkreis dadurch zu sparen, dass sich viele Menschen eben nicht gegen diese Zumutungen wehren.“

In dem fraglichen Bescheid wird einer vierköpfigen Familie aus dem Landkreis Celle mitgeteilt, dass ihre Heizkosten von 70 Euro monatlich nur noch für die nächsten sechs Monate übernommen würden. Der angemessene Höchstbetrag läge bei 29,86 Euro. Den aus Sicht der Behörde „unangemessenen“ Teil müsse, wird der Familie mitgeteilt, sie dann selbst tragen. Und auch für die Erstattung von Heizkostennachzahlungen im Rahmen der Jahresabrechnung sei kein Raum mehr.

Horst-Peter Ludwigs von der niedersächsischen Landesarmutskonferenz kennt viele ähnliche Fälle. Aus seiner Sicht handeln die Behörden rechtswidrig, wenn sie nicht die tatsächlichen Kosten erstatten. Ludwigs: „Bis zum Bundessozialgericht hoch gibt es eine

eindeutige Rechtsprechung, die Kürzungen nur für den Fall zulässt, wo hohe Kosten durch nachweislich unwirtschaftliches Heizverhalten zustande gekommen sind.“ Auf die Frage, wie die Behörde dies bei Heizkosten von 70 Euro für einen 4-köpfigen Haushalt unterstellen könne, antwortet Ludwigs: „Der Leistungsträger will auf Kosten der Leistungsempfänger die Ausgaben senken. Als Mittel dient in Celle ein völlig untaugliches Heizkostenberechnungsprogramm. Dieses wird mit ungeprüften Angaben der Vermieter gefüttert und führt zu völlig kuriosen Ergebnissen.“ Zwar sei der Landkreis mit diesem Verfahren vor dem Sozialgericht immer wieder gescheitert, was aber bisher nicht zur Abschaffung geführt habe.

Der Landkreis Celle hat übrigens auch eine Empfehlung an die betroffene Familie: „Tipps zur Senkung von Heizkosten bieten die Energieversorger und Verbraucherberatungsstellen. So führt z.B. die Senkung der Raumtemperatur um 1 ° C zu einer Energieersparnis von ca. 6 %.“ Um so auf 30 Euro Heizkosten zu kommen, müsste die Familie die Temperatur um rund 13 ° C senken.

Citymanager floppt

Wir hatten schon kurz nach seiner Kür zu Celles Citymanager gemutmaßt, dass es sich bei Veit Hilger nicht um eine „ganz große Nummer“ handele. Nachdem er schon kurz nach seinem Dienstantritt Ärger mit den Einzelhandels-Platzhirschen hatte, verlässt er zum 8.11. das Deck – vielleicht finden sich dann ja bald von ihm neue Fotos im www, die ihn segelnd, golfend oder in Oldtimersportwagen zeigen.

Rauchgaslaugen in Höfer

Im März hatte der Kreistagsabgeordnete Andreas Hauptmeyer bei der Landkreisverwaltung angefragt: „Seit wann und in welchem Umfang wurden Laugen aus der Rauchgaswäsche von Müllverbrennungsanlagen in den Schacht Mariagluck nach Höfer verbracht?“ Die Antwort kam Mitte Oktober: „Seit Ende 2001 bis 2009 wurden entsprechend einer bergrechtlichen Genehmigung insgesamt 160.065,52 t Salzlösungen in

das ehemalige Bergwerk Mariagluck eingebracht. Die eingebrachten Salzlösungen stammen aus den Werken: - Müllheizkraftwerk Essen Karnap der Fa. RWE Power AG, Essen; - Gemeinschaftsmüllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH, Oberhausen; - Müllverwertung Rugenberger Damm GmbH & Co. KG, Hamburg; - Müllverwertung Borsigstraße, Hamburg; - Abfall-Wirtschaftsbetrieb des Landkreises Neu Ulm, Weißenborn. Zurzeit ist dieser Vorgang wegen eines Rechtsstreits zwischen der Kali + Salz AG und einem Grundeigentümer über dem Salzstock durch die einstweilige Verfügung des Landgerichts Lüneburg vom 16.4.2009 verboten worden. Wie aus der CZ vom 31. Juli 2009 zu entnehmen war, verzichtet die K+S in einem außergerichtlichen Vergleich auf die weitere Einleitung von Salzlösungen aus der Rauchgaswäsche.“

Weiter ergibt sich aus der Antwort, dass die Bergbehörde (LBEG) genehmigungsrechtlich zuständig war und der Landkreis nur informell eingebunden wurde. Auf die Frage, woher die radioaktiven und toxischen Belastungen der Rauchgaswäschen-Laugen stammen, teilte der Landkreis mit: „Bei der Verbrennung von z. B. Krankenhausabfällen (Ausscheidungen von Patienten, Reinigungsartikeln aus der Radiologie) entsteht die radioaktive Belastung der Laugen. Die „Entsorgung“ dieser Laugen unterliegt nicht der Strahlenschutzverordnung, da die Belastungen weit unterhalb der Freigrenzen der Strahlenschutzverordnung liegen. Die Andienung erfolgt über die NGS (Nds. Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfällen). Sonderbetriebsgenehmigungen liegen hierfür nicht vor.“

Die komplette Antwort mit den gemessenen Werten ist nachzulesen auf der Seite: www.anti-akw-celle.de

Roma vor Abschiebung?

Mit einer Resolution im Kreistag wollen die Bündnisgrünen auf die geplanten Massenabschiebungen von Roma-Flüchtlingen in den Kosovo aufmerksam machen und den Landtag auffordern, sich für eine Aufhebung des so genannten Rückführungsabkommens mit dem Kosovo einzusetzen. Kurz

nach unserem Redaktionsschluss steht diese Resolution am 27.10. auf der Tagesordnung des Kreistages. Es ist nicht damit zu rechnen, dass sie eine Mehrheit findet. Denn das Abschiebungsprojekt entstammt der gemeinsamen Regierungszeit von CDU und SPD. In Stadt und Landkreis Celle sind nach Informationen der CZ rund 40 Personen von der Abschiebung bedroht. In der Stadt Celle seien bereits für zwei Familien die entsprechenden Anträge gestellt. Eine alleinerziehende, im sechsten Monat schwangere Roma aus Eicklingen ist – so die Information von Georgia Langhans (B'90/Grüne) - bereits Ende August, Anfang September im ihren Kindern abgeschoben worden. Sie hat sich im Nachbarschaftsladen in Eicklingen engagiert. Der dem Bruder ihres verstorbenen Ehemanns, mit dem sie zusammenlebte, war bereits zwei Monate vorher abgeschoben worden.

Noch im Sommer hob der Menschenrechtskommissar des Europarats die anhaltende Diskriminierung der Roma im Kosovo hervor. Die allgemeine Sicherheitslage, die wirtschaftliche und soziale Lage seien wesentlichen Hindernisse für eine dauerhafte Rückkehr der Flüchtlinge. Der Kommissar forderte die europäischen Staaten auf, von Abschiebungen abzusehen und den Flüchtlingen ein Bleiberecht zu garantieren, bis sich die Lage in Kosovo verbessert hat.

Etwa 23.000 Roma leben heute in Deutschland und haben hier einen Ort gefunden, der ihnen einen gewissen Schutz bietet - vorübergehend. Etwa die Hälfte von ihnen will die Bundesregierung in den nächsten 10 Jahren abschieben.

Das Kosovo aber ist ein Land, in dem Minderheiten zutiefst diskriminiert und verfolgt werden. Die Arbeitslosigkeit unter Roma beträgt nahezu 100 Prozent. Die in Deutschland aufgewachsenen Roma-Kinder können im Regelfall nicht die albanische Sprache und haben im Kosovo keine Perspektive. Die frühere UN-Verwaltung im Kosovo hatte die Abschiebung von Roma aus Sicherheitsgründen und wegen ihrer massiven Ausgrenzung verhindert. Mit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo sind humanitäre Bedenken jedoch hinweggefegt worden. Das ausgehandelte, aber noch nicht in Kraft getretene deutsch-albanische Rückübernahmeabkommen

sieht keine spezifischen Regelungen für Minderheitenangehörige vor. Bis zu 2.500 Abschiebungen sollen jährlich durchgeführt werden.

Ulla Jelpke von der Bundestagsfraktion DIE LINKE kritisiert die Haltung der Bundesregierung als „geschichtsvergessen und inhuman“: „500.000 Sinti und Roma wurden durch Nazi-Deutschland ermordet. Die Bundesrepublik hat durch ihre Beteiligung am Nato-Angriffskrieg gegen Jugoslawien die Vertreibung der Roma aus dem Kosovo durch die UCK erst ermöglicht. Deswegen ist Deutschland verpflichtet, auf Abschiebungen zu verzichten und den Roma in Deutschland eine sichere Zukunftsperspektive zu eröffnen.“

Die VVN/BdA hat eine Petition initiiert, die 8.12.2009 dem Bundesinnenminister übergeben werden soll. Am 8. Dezember 1938 erging Himmlers Runderlass „zur Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen der Rasse heraus“. Die Erklärung kann online unterzeichnet werden auf der Seite des Flüchtlingsrates (www.nds-fluerat.org).

100 % Ökostrom für Celle

Die Ratsfraktion der Bündnisgrünen hat beantragt, dass die Stadt Celle ihren eigenen Strombezug künftig zu 100 % aus so genanntem Ökostrom beziehen soll. Gleichzeitig soll die Stadt andere öffentliche Einrichtungen werben, sich diesem Schritt anzuschließen und gemeinsam mit ihnen ein „Aktionsprogramm“ entwickeln. Mit einer breit angelegten Kampagne, so wie weitere Forderung der Bündnisgrünen, sollen private Haushalte zum Umstieg auf Strom aus erneuerbaren Energien angeregt werden. In der Begründung heißt es: „Der CO₂- Ausstoss einer Stadt ist mit kommunalen Maßnahmen nur dann zu senken, wenn Klimaschutztechnik und umweltfreundliches Verhalten die gesamte Stadt erfassen. Ein Ökostromkunde setzt ein Zeichen für umweltbewusste Energieversorgung, aber erst wenn eine relevante Zahl von Kunden solche Verträge unterzeichnen, verändern sie gemeinsam den Markt zugunsten umweltfreundlicher Energieproduktion. Wenn alle Haushalte einer Stadt auf Ökostrom umsteigen reduzieren sie den CO₂-Ausstoss aus der Stromversorgung auf null und finanzie-

ren den Neubau von umweltfreundlichen Kraftwerken. [...]“ Leider haben die Bündnisgrünen die nicht unbedeutliche Zahl von Kunden aus Handel und Industrie „vergessen“; und ohne diese kommt der verkündete CO₂-Ausstoss auf Null beim Stromverbrauch selbstverständlich nicht zustande. Ein richtiger Ansatz ist aber, dass ein Umstieg der Stadt Vorbildcharakter hätte.

Sülze – Neonazi verurteilt

Die Neonazi-Attacke auf Besucher_innen des Sülzer Kaffeegarten im März (siehe revista 44) hatte jetzt juristische Konsequenzen. Zwei der Angeklagten ließ der Richter trotz belastender Zeugnisaussagen davon kommen, ein dritter wurde wegen Körperverletzung zu 40 Arbeitsstunden verurteilt. Die CZ fand sich wieder nur mit ihrem Links/Rechts-Strickmuster zurecht. So las man von einem „friedlichen Spieleabend“ der „Rechten“; aber die „Linken“ sollen „mit Gewalt gedroht“ haben und sie wollen scheinbar auch nicht „nur spielen“, die anderen sind die „streunenden Linken“. Dass man die Strafaufgabe dann „Arbeitsdienst“ nannte, ist vor diesem Hintergrund auch nicht richtig witzig.

TRC Chef geht

Der Geschäftsführer der Tourismusregion Celle (TRC), Volker Holzberg, ist im Oktober zurückgetreten, nachdem das städtischen Rechnungsprüfungsamt eklatante Mängel im Jahresabschluss 2008 festgestellt hatte. Worin genau diese Mängel bestehen, wird der Öffentlichkeit vorenthalten. Der Landkreis weigerte sich sogar, den Kreistagsmitglieder, die im Wirtschaftsausschuss darüber beraten sollten, den kompletten Bericht auszuhändigen. Die SPD verließ deshalb aus Protest den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung. Wir hatten uns zuletzt mit der TRC immer im Zusammenhang mit dem von ihr geforderten Zwangseintritt für Street-Parade und Altstadtfest beschäftigt. Jetzt müssen wir feststellen: Nach Geld schreien konnten sie immer gut, der Umgang damit scheint nicht gerade eine Stärke zu sein.

Nachrichten im Rückblick

Kleidung clever kaufen 

Attraktives Unternehmen sucht Sie als Verkaufskraft (flexible Arbeitszeit, für 20 Std./Woche mit Steuerkarte)

Ihr Arbeitsplatz ist in unserer Filiale in Lachendorf Innenstadt oder in Celle. Sie arbeiten in einem starken Team und tragen durch allgemeine Verkaufstätigkeiten zum Erfolg unserer Filiale bei.

Neben einer leistungsgerechten Vergütung bieten wir Ihnen einen sicheren Arbeitsplatz sowie attraktive Zusatzleistungen.

Sie finden Ihren Arbeitsplatz in einem europäorientierten Unternehmen, das zu den größten Textil-Filialisten gehört.

Interessiert?

Dann senden Sie uns Ihre Bewerbung mit Zeugnissen und Angabe des frühestmöglichen Eintrittstermins an die unten genannte Adresse:

Des Weiteren suchen wir für unsere Filialen in **Celle und Lachendorf:**

Aushilfen (stundenweise auf 400,-€-Basis)

**KiK Textilien und Non-Food GmbH • z. H. Herrn Sander
Hannoversche Heerstraße 99-101 • 29227 Celle**

www.kik-textilien.com

Sehr geehrter Herr Sander,

ich danke Ihnen für die Ausschreibung oben genannter Stelle in der CZ vom 2. Oktober 2009. Nach sorgfältiger Prüfung muss ich Ihnen eine Absage schicken.

Zunächst einmal war es mir nicht möglich, auf einfachem Wege eine Telefonnummer Ihrer Celler Filiale ausfindig zu machen. Denn zu gern hätte ich vorab gewusst, was Sie unter einer „leistungsgerechten Vergütung“ verstehen?

Leider kann ich nach allem, was ich über KiK zuletzt gelesen habe, nicht davon ausgehen, dass Sie damit einen Tariflohn meinen. Wer in KiKs Billigsystem arbeitet, muss - von der geschätzten Millionengage für Ihren Werbeträger Verona Pooth mal abgesehen - ja wahrscheinlich eine Menge Leidenschaft mitbringen. Im März 2009 wurde Ihre Kette in zweiter Instanz wegen Lohn-Dumpings zur Nachzahlung einiger tausend Euro verurteilt. Zwei Ihrer 3500 angeblich "fair" bezahlten 400-Euro-Kräfte hatten es gewagt, zu klagen - und gewannen. Mit 5,20 Euro seien sie unangemessen niedrig entlohnt worden, entschied das Landesarbeitsgericht Hamm - und setzte den Lohn nachträglich auf 8,21 Euro rauf. Aber selbst bei diesem Stundenlohn würde ich mich fragen, wie ich und meine kleine Tochter davon leben sollen. Bei der von Ihnen angebotenen 20 Std./Woche würde ich nicht einmal auf 700 Euro kommen. Und aus diesem Brutto würde nicht einmal eine Steuersenkung mehr Netto machen können.

Dass Sie für diesen Niedriglohn dann auch noch „flexible Arbeitszeit“ verlangen, würde für mich zudem einen Organisationsaufwand bedeuten, bei dem wir über

Neues aus der Absageagentur

eine „leistungsgerechte Bezahlung“ unter 15 Euro in der Stunde gar nicht reden bräuchten - aber das sehen Sie wahrscheinlich aus Ihrer Sicht genauso.

Es ist mir deshalb ein Rätsel, warum Sie - wie zuletzt bekannt wurde - alle Ihre Beschäftigten flächendeckend auf Schulden überprüft haben sollen. Die Auskunft Creditform soll für Sie in 2008 und 2009 knapp 50.000 Bonitätsauskünfte geliefert haben. Bei Ihren Löhnen können Sie doch von vornherein davon ausgehen, dass viele Ihrer Beschäftigten in der Schuldenfalle landen. Dass diese Prüfung auch für Stellen-Bewerberinnen und -Bewerber geschehen sein soll, lässt mich daran zweifeln, dass es sich bei Ihnen tatsächlich um ein für mich „attraktives Unternehmen“ handelt.

Auf Ihrer website preisen Sie an, dass KiK seit der Gründung 1994 „als textiler Grundversorger für Familien mit Kindern, Sparfüchse aber auch für sozial Schwache“ gilt. Und tatsächlich müsste ja, wer bei Ihnen arbeitet bei Ihnen kaufen, denn mehr könnte man sich nicht leisten. Aber auch dazu eine Anmerkung. Ihre „günstigsten Preise“ entstehen ja nicht nur durch die Löhne, die Sie in Ihren Filialen zahlen, sondern vor allem durch die Ausbeutung der Näherinnen in Bangladesch. Wenn ich jetzt noch lesen muss, dass Sie nicht einmal Kinderarbeit ausschließen können, fehlt mir dafür jedes Verständnis. Da gehe ich lieber in einen Second-Hand-Laden, um meine Tochter einzukleiden, als Ihr ein T-Shirt zu kaufen, das von einer Gleichaltrigen für Centbeträge hergestellt wurde.

Ich kann Ihnen deshalb nicht einmal versichern, dass meine Absage keine Abwertung Ihres Konzerns beinhaltet - und für die Zukunft möchte ich Ihnen auch nicht alles Gute wünschen, denn auf den Punkt gebracht hieße das ja nur: mehr Profit bei mehr Ausbeutung.

Mit freundlichen Grüßen



Schomburg außer Rand und Band

Sprechen wir mal aus, was sich sonst niemand zu sagen traut: Celles Polizeichef Gerd Schomburg muss seinen Posten räumen. Dabei ist es egal, ob er an irgendeinen hannoverschen Schreibtisch aufsteigt oder in Frühpension geschickt wird. Er ist nicht länger tragbar.

Der Anlass für seinen jüngsten Ausfall war ein nichtiger. Bei einem Punkkonzert im Bunten Haus war auf dem Hof ein Besucher durch Schläge verletzt worden. Er war daraufhin zu seinem Schutz in den für Besucher_innen unzugänglichen Treppenhausflur gebracht worden. Und nachdem er dort (alkoholbedingt) bewusstlos wurde, rief die Haus-Crew das DRK. Der Mann wurde erstversorgt, unter Begleitung eines Menschen aus dem Thekenteam ins AKH gebracht und – verließ dieses auf eigenen Wunsch hin ohne jede weitere Behandlung. Alles bestens, hätte man meinen können. Nicht so für Gerd Schomburg.

Alles begann mit einer rufschädigenden Lüge. In einer Mitteilung am Folgetag des Ereignisses behauptete die Pressestelle der Celler Polizei: „Der angetrunkene Mob hat über einen Zeitraum von 10 Minuten eine fachkundige Hilfe des Verletzten durch die Polizei verhindert. In dieser Zeit hätte der Mann schweren Schaden nehmen können.“ (PM, 19.09.2009) Nichts

daran stimmt; aber verbreitet über den Nachrichtendienst der Polizeistellen, war am Montag dann in etlichen Zeitungen diese dpa/lni-Mitteilung zu lesen: „Als die Einsatzkräfte dem Verletzten helfen wollten, seien sie von mehreren Betrunknen angegriffen und daran gehindert worden.“

Das Plenum des Bunten Hauses war um eine schnellstmögliche Richtigstellung bemüht, die am Sonntag um 15 Uhr an die Cellesche Zeitung ging: „Der sofort gerufene Krankenwagen kam binnen kurzer Zeit, zehn Minuten vor den über die Rettungsleitstelle informierten Polizeibeamten, an. Die Sanitäter waren bereits dabei, den Verletzten zu versorgen, als die Polizei eintraf. Einigen Anwesenden schien es wenig sinnvoll, die Polizei in den ohnehin engen Treppenhausbereich zu lassen. Hier kam es zu einer verbalen Auseinandersetzung von Einzelpersonen

mit den eintreffenden Polizeibeamten, die daraufhin den Flur wieder für die dort arbeitenden Sanitäter freigaben.“

Genau das bestätigte die Polizei dann auch 50 Stunden nach ihrer ersten Pressemitteilung: „Nach weiteren Befragungen und Vernehmungen der eingesetzten Beamten und Zeugen dürfte nun feststehen, dass zunächst ein Rettungswagen eintraf, dem die Polizisten unmittelbar folgten.“ Und – gab es eine Entschuldigung? Selbstverständlich nicht.

Nachdem sich die ungeheuerliche Anschuldigung in Luft aufgelöst hatte, klammerte man sich an eine von einem Polizisten selbst verschuldete Schubserei, um daraus ein linksextremistisches Horrorgemälde zu pinseln. Beste Unterstützung erfuhr man dabei durch die Celleschen Zeitung. Denn die titelte: „Buntes Haus: Angriff auf Polizeibeamte“. „Im Bunten Haus sind am vergangenen Sonnabend Polizisten von zum Teil stark alkoholisierten Besuchern angegriffen worden.“ (CZ, 21.09.2009)

Mit dem, was sich ein_e durchschnittlicher Leser_in bei dieser Räubergeschichte vorstellt, hatte das Geschehen

nichts zu tun. Nachdem zwei Polizisten nach einem kurzen Blick auf die gerade erfolgende Versorgung des Verletzten, keine weiteren Anstalten machten, sich auch noch in den Treppenhausflur zu drängeln, wollte dies ein dritter Beamter nicht einsehen. Mit einer gewissen Rambo-Mentalität drängelte er sich hinein und da Leute vom Bunten Haus ihm im Weg standen, kam es auch zu Körperkontakt. Aber muss man wirklich zur Seite springen, wenn sich eine Uniform nähert? Dass es dabei auch zu einem Wortwechsel kam, ist vielleicht verständlich. Aber: Das Wort „Hausverbot“, wie von Polizei und Presse unterstellt, ist dabei nicht gefallen. Und niemand im Bunten Haus würde das Zentrum als „rechtsfreien Raum“ sehen, denn so lautete der aus der „Hausverbots“-Lüge abgeleitete weitere Vorwurf.

In den Folgetagen bemühte sich die Polizei in einem



scheinbar komplizierten Ermittlungsverfahren den „Wortführer“ herauszufinden, um dann verblüfft festzustellen, dass es sich bei demjenigen, der den Einsatz der Rettungssanitäter begleitete und die Diskussionen mit den Polizisten führte, tatsächlich um den 1. Vorsitzenden des Vereins Buntes Haus e.V. handelte. Was sagt uns das? Die Beamten ließen gegenüber dem Bunten Haus mal wieder jede normale Umgangsform vermissen. Denn was hätte man erwarten dürfen? Dass die Beamten nach einem Verantwortlichen fragen? Aber: Haben sie nicht. Statt dessen wollte einer von ihnen genau diesen, nämlich den 1. Vorsitzenden – ohne jeden Gesprächsversuch – aus dem Weg schubsen. Das hat schon einen eigenen Witz.

Nun: Man wird sehen, was aus dem polizeiseitig eingeleiteten Ermittlungsverfahren „wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung“ wird?

Das sagten sich scheinbar auch Verwaltungsspitze und Kommunalpolitiker_innen. Sie erinnerten sich wahrscheinlich noch an eine ähnliche Kampagne aus dem Februar 2008, wo sich keiner der Vorwürfe Schomburgs in irgendeiner Weise als auch nur halbwegs gerichtsfest erwies. Deshalb ist es nur zu nachvollziehbar, wenn die Vorsitzende des CDK-Aufsichtsrates, Karin Hogenkamp (CDU), gegenüber der CZ erklärte: „Es gibt verschiedene Darstellungen der Ereignisse. Wir werden Herrn Schomburg und das Bunte Haus dazu einladen, um uns ein Bild davon zu machen, was vorgefallen ist.“ (CZ, 22.09.2009) Genau das geschah dann auch; wobei Celles Polizeichef erneut demonstrierte, das ihm nur an Konfrontation gelegen ist: Er weigerte sich, mit den Vertretern des Bunten Hauses an einem Tisch zu sitzen.

Der einzig positive Randaspekt der Rufmordkampagne: Vom Aufsichtsrat der CD Kaserne wurde deutlich signalisiert, dass der Mietvertrag mit dem Bunten Haus bestehen bleiben soll.

Schomburg hatte anderes gefordert: „Die Sinnhaftigkeit der Existenz dieses Treffpunktes erkenne ich derzeit nicht. Die Förderung dieses Projekts mit staatlichen Geldern scheint überprüfenswert. Ich hoffe, die Politiker in Celle befassen sich mit dem Thema: Entweder man diktiert dem Bunten Haus bei der anstehenden Entscheidung über die Verlängerung des Pachtvertrags Bedingungen, die Konsequenzen für solches Verhalten vorsehen oder man zieht in Betracht, Schluss zu machen.“ (PM, 19.09.2009)

Hier ist einer „außer Rand und Band“ geraten. Mit dem Mäßigungsgebot, das ihm das Beamtengesetz vorschreibt, hat das nun überhaupt nichts mehr zu tun. Es gehört schlicht und einfach nicht zu dem Job eines Polizeichefs, Vertragsparteien, mit denen er nichts zu tun hat, die Inhalte ihrer Verträge diktieren zu wollen – und sei es indirekt.

Dass er sich mit seiner implizit geäußerten Schließungsforderung in eine Reihe mit der neofaschistischen Kameradschaft 73 stellt, ist kaum noch nachvollziehbar. Die Nazis und ihre obskure „Bürgerinitiative zur Schlie-

§ 53 Bundesbeamtengesetz (BBG)

Der Beamte hat bei politischer Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus seiner Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes ergeben.

ßung des Bunten Hauses“ könnten einen Aufnahmeantrag verschicken.

Doch das alles ist überhaupt nicht lustig. Auch wenn die Politik sich von den Attacken des Polizeichefs distanziert, die Cellesche Zeitung ist zu Schomburg ins Boot gestiegen. Geradezu hasserfüllt war ein Kommentar von Oliver Gatz am 6. Oktober. Nachdem klar war, dass die Politik den Ball bewusst flach hält, schmeißt er noch einmal den ganzen Müll aus Drogen-Partys, Straßenkrawallen, rechtsfreier Raum in den Topf, um als Ergebnis dieser Brühe zu präsentieren: „Als letzte Konsequenz darf auch die Schließung des Bunten Hauses kein Tabu sein.“ (CZ, 06.10.2009)

Dass er sich im selben Kommentar scheinheilig um den „Ruf des linken Kulturzentrums“ sorgt, ist einfach nur noch infam. Die CZ hat mit ihrer nicht nur unkritischen, sondern jegliche Sorgfalt verletzenden Berichterstattung diese Rufschädigung längst herbeigeführt. - Jetzt werden Jugendliche von ihren Eltern wieder gefragt werden, warum sie denn ausgerechnet ins Bunte Haus wollen?

Fazit: Die Cellesche soll sich ihren Ruf ruhig weiter ruinieren, dafür gibt es ja die Pressefreiheit. Was aber zu weit geht, geht zu weit: Vor dem Hintergrund des Beamtengesetzes bekommt Celles Polizeichef Gerd Schomburg von uns eine Abmahnung.

Die Besucher- und Nutzer_innen-Zahlen belegen die hohe Akzeptanz des Bunten Hauses durch einen großen Teil der jugendkulturellen Szenen. Deshalb sollte sich die Öffentlichkeit mal nicht mit dem Bunten Haus beschäftigen. Sie sollte sich fragen, ob ein Polizeichef noch länger tragbar ist, der indirekt die Neonazi-Forderung nach Schließung eines solchen Zentrums unterstützt?



Was hat denn Löns damit zu tun?

Seit Ende 2006 droht der Hamburger Rechtsanwalt und bundesweit bekannte Neonazis Jürgen Rieger nun damit das Landhaus Gerhus zu erwerben und dort ein Schulungszentrum zu errichten.

Jürgen Rieger war der führende Kopf der so genannten „Heide-Heim“-Vereine, die fast zwei Jahrzehntlang im nahe gelegenen Hetendorf ein Nazizentrum betrieben, das in der Bundesrepublik in seiner Bedeutung einmalig war. Über Gerhus schwebt nun das Damoklesschwert einer Neuauflage. Die Gemeinde Faßberg versucht ein Kauf zu verhindern, was sich bis zum heutigen Tage hinzieht. Der letzte Coup der Rechten war die Behauptung Riegers, er hätte einen Pachtvertrag für das Hotel, und die damit einhergehende Besetzung des Objektes durch Celler Neonazis der Kameradschaft 73 und deren Umfeld.

Damit gelangten die Neonazis bundesweit in die Schlagzeilen, und es wurden von Anwohner_innen Mahnwachen vor dem Hotel organisiert. Wenn Nazis mit entsprechenden Outfit, Reichskriegsfahnen, Kampfhunden und einschüchternden Auftreten auftauchen, ist es leicht, sich dagegen zu positionieren. Allein das Erscheinungsbild reicht meistens, um seine Abneigung kundzutun. Eine inhaltliche Auseinandersetzung bleibt meistens aus oder kratzt nur an der Oberfläche und wiederholt die gängigen Erklärungsmuster a la „verführte Jugendliche“.

Von Seiten der politischen lokalen Würdenträger scheint das größte Problem wiederum darin zu bestehen, dass die Gemeinde einen schlechten Ruf bekommt. *„Die Leute haben natürlich Angst, dass unsere Gemeinde mit diesem Stigma belegt wird“*, so Faßbergs Bürgermeister Hans Werner Schlitte in einem Interview mit dem Fernsehsender NDR.

Viele Sehenswürdigkeit hat die Gemeinde Faßberg ohnehin nicht zu bieten, und so ein Stigma des „Rechtsextremismus“ schadet natürlich auch dem spärlichen Tourismus. Für diesen bietet sich letztlich nur die Lüneburger Heide mit ihrer Landschaft als Ausflugsziel an. Und um dem Ganzen ein wenig Nachdruck zu verleihen, wird der Dichter Herman Löns als Heidedichter, Umweltschützer und Naturliebhaber dargestellt und quasi als Attraktion inszeniert. Im September dieses Jahres kamen in Müden am „Löns-Gedenkstein“ auf Einladung des Hermann-Löns-Freundeskreis“ 50 Menschen zusammen um des 95. Todestages des Dichters zu gedenken - mit dabei Faßbergs Bürgermeister Schlitte.

Herman Löns wurde im August 1866 geboren und war zu Lebzeiten als Autor, Schriftsteller und Dichter tätig. Er schrieb eine Vielzahl von Romanen, darunter auch

etliche Tier- und Jagdgeschichten sowie Landschaftsschilderungen rund um die Lüneburger Heide. Seine Werke werden auch heute noch viel gelesen und die Gesamtauflage hat die 10-Millionen-Grenze bereits überschritten. In der Bundesrepublik tragen 600 Straßen und rund 80 Plätze sowie ungefähr 125 Schulen den Namen des Dichters. Mittlerweile gibt es 140 Gedenkstätten und zu dem angeblichen Lönsgrab bei Walsrode pilgern jährlich etwa 250.000 Besucher. In dem Verband der Hermann-Löns-Kreise in Deutschland und Österreich e. V. sind 223 Einzelpersonen, sieben Hermann-Löns-Kreise, drei Städte und Gemeinden, zwei Jagdgemeinschaften und 13 Vereine organisiert.



Dieser und andere Lönsverbände haben es sich zur Aufgabe gemacht, ein bestimmtes Bild von Hermann Löns, nämlich das des deutschen Waidmannes, der Bauernnatur, des Dichters der Lüneburger Heide, des Sängers der Jugendbewegung und des Umweltschützers zu transportieren und ins norddeutsche Heimatbild zu pflanzen.

Völlig ausgeklammert oder im Zweifel klein geredet werden die völkischen, antihumanistischen und antisemitischen Einstellungen von Löns. Im Ersten Weltkrieg meldete er sich, bereits 48 Jahre alt als Freiwilliger und wünschte sich: *„Mein rotestes Gelüste ist, eine Schlacht mitzumachen, aber mit der Waffe in der Hand, so eine, wo man das Weiße im Auge sehen kann beim Gegner“*.

Im Krieg überlebt er keine zwei Monate und fiel September 1914 in der Nähe von Reims in Frankreich. 1933 wird sein vermeintlicher Leichnam gefunden und



Adolf Hitler beauftragt die SA mit der Rückführung der Gebeine. Zwei Jahre später organisiert die Wehrmacht eine Bestattung mit militärischen Ehren in der Nähe des heute niedersächsischen Walsrode.

Das Interesse der Nazis kommt nicht von ungefähr. Hermann Löns hat schon zu Lebzeiten eindeutig Position bezogen: *"Ich bin Teutone hoch vier. Wir haben genug mit Humanistik, National-Altruismus und Internationalismus uns kaputt gemacht, so sehr, dass ich eine ganz gehörige Portion Chauvinismus sogar für unbedingt nötig halte. Natürlich passt das den Juden nicht und darum zetern sie über Teutonismus. Das aber ist der Weg, die Wahrheit und das Leben."*

Auch seine 1890 verfassten Positionen dürften bei den Nazis auf fruchtbaren Boden gefallen sein: *"Alles, was undeutsch ist, hinaus. [...] Ich erwarte in dieser Hinsicht viel von unserem Kaiser. Möchte er auch nur das thun, was vor allem notwendig: [...] Russland vernichten, Frankreich beruhigen oder auch vernichten [...]."*

Sein Bauernroman „Der Wehrwolf“ (1910) verherrlicht das Recht des Stärkeren. Ort der Handlung ist die Lüneburger Heide, ein Dorf bei Celle. Dort haben sich Heidebauern in einer alten Wallburg einen befestigten Rückzugsort eingerichtet und bringen erbarmungslos Landstreicher, fahrendes Volk und Marodeure um, welche sich in die Nähe wagen. Und um klarzustellen, wem die Heide gehört, schreibt er am Anfang des Romans ganz im Stile des rassistischen Weltbildes der Nazis: *"Am Anfang war es wüst und leer in der Haide. [...] Kein Mensch wehrte es ihnen, denn die paar armseligen Wilden, die dort vom Jagen und Fischen lebten, waren froh, wenn sie das Leben hatten [...] Da kamen eines Abends andere Menschen zugereist, die blanke Gesichter und gelbes Haar hatten; mit Pferd und Wagen, Kind und Kegel kamen sie an, und mit Hunden und Federvieh. Ein jeder suchte sich einen Platz und baute sich darauf ein breites Haus mit spitzem Dach, das mit Reet und Plag gen gedeckt war und am Giebel ein paar bunte Pferde köpfe aus Holz aufwies."*

Während des Nationalsozialismus wurde es geradezu ein Bestseller. Martin Bormann, der Leiter der Parteikanzlei der NSDAP im Rang eines Reichsministers ließ den Roman 1944 als Sonderauflage an junge Flakhelfer und Hitlerjungen verteilen und zur Lektüre verordnet,

um sie für den sinnlosen Untergrundkampf gegen die Alliierten in We(h)rwolf-Manier aufzustacheln. Daher setzten die Alliierten das Werk auf den Index.

Auch andere seiner Romane müssen als Vorläufer der der „Blut- und Bodendichtung“ der Nazis angesehen werden.

Da wundert es auch nicht, dass Dennis Pirch, einer der jungen Neonazis, die an der Besetzung des Hotel Gerhus beteiligt waren, auf einem seiner Online-Profile kundtut: *„Hermann Löns der Wehrwolf ist ganz gut.“* Da stellt sich die Frage: Wer hat denn da seine ideologischen Hausaufgaben gemacht? Der junge Neonazi oder der alte Bürgermeister?

Dieter Kurz

Gerdehaus – Neuer Versteigerungstermin

Alarmstimmung in Fassberg und bei Antifaschist_innen: Überraschend hat das Oberlandesgericht in Celle für den 16. Dezember einen öffentlichen Versteigerungstermin für das marode Hotel namens „Landhaus Gerhus“ angesetzt. Die öffentliche Versteigerung könnte Rieger in die Lage versetzen, das Haus legal zu erwerben. Das marode Hotel steht zur Zeit unter Zwangsverwaltung der Volksbank Südheide. Diese will so ihre Forderungen gegen die Eigentümerfamilie des Hotels absichern. Sie hatte mehrfach die Absicht bekundet, das Hotel an den braunen Rechtsanwalt aus Hamburg verkaufen zu wollen.

Die Gemeinde Faßberg hat einem Bericht des „Hamburger Abendblatt“ zufolge ihr Angebot für das Hotel erneuert. Demnach erklärte Faßbergs parteiloser Bürgermeister Hans-Werner Schlitte, dass ein Investor nach wie vor bereitstehe. Die Gemeinde will zunächst allerdings noch das Gerichtsverfahren zum Vorkaufsrecht der Kommune abwarten. Ob die Gemeinde im Falle des Scheiterns vor Gericht auch bei der Zwangsversteigerung der Immobilie im Dezember mitbieten will, ließ der Bürgermeister jedoch offen.



Das Infoladenkollektiv startet im November mit seiner ersten Veranstaltungsreihe unter dem Titel "Alternativ leben!". Im Rahmen der Reihe werden 5 Projekte ihre Version eines alternativen Lebens mittels Filmen, Fotos und Vorträgen vor- und zur Diskussion stellen. Der Idee, sein Leben alternativ zu gestalten, begegnet mensch zunehmend häufig. Leben in Gemeinschaft, ohne Konsumzwang, hierarchiefrei, nachhaltig, generationenübergreifend und/oder selbstversorgend sind Schlagworte, die in diesem Zuge fallen. Aber: Was ist daran alternativ? Warum macht das Sinn? Wie kann das aussehen? Die eingeladenen Gruppen werden davon berichten, auf welche Verhältnisse sie mit ihrem Lebenskonzept reagieren, welche Aspekte hierbei im Mittelpunkt stehen und evtl., wo sie auf externe Hindernisse und interne Probleme stoßen.

Den Anfang der Reihe macht am 02.11. ein Referent, der seit Jahren auf einem **Wagenplatz** zu Hause ist und von den besonderen Umständen in dieser Wohnsituation berichtet: Wasserversorgung, Strom und Telefon sind hier keine Selbstverständlichkeit und erfordern kreative Lösungen. Dennoch entscheiden sich immer wieder Menschen dafür, den Luxus einer Wohnung gegen einen Wagen einzutauschen. An diesem Abend soll etwas von der Wagenplatzromantik bzw. den dahinter stehenden Ideen deutlich werden.

Am 09.11. werden zwei Referenten von gleich mehreren Projekten berichten: den **Hausprojekten** in Potsdam. Kam es in den 70er/80er Jahren bundesweit zu einer Vielzahl an Hausbesetzungen (1980 waren es ca. 160), wurde Potsdam nach 1989 zum Zentrum der Hausbesetzer_innen-Szene. Wie viele der noch bestehenden Projekte aus dieser Zeit sind auch hier die meisten Häuser mittlerweile legalisiert. Anhand einer Fotostrecke soll die Geschichte der Hausprojekte vorgestellt, die unterschiedlichen Konzepte einzelner Projekte beleuchtet, aber auch Probleme thematisiert werden, die mit einem derartigen Großprojekt zusammenhängen.

Die **Luttergruppe**, die am 16.11. zu uns kommt, lebt und arbeitet bereits seit 1980 in wechselnder Besetzung gemeinsam auf der alten Burg Lutter. Unter anderem durch eine Backstube, die Druckwerkstatt und eine Tischlerei/Zimmerei erarbeiten die Bewohner_innen ihren Lebensunterhalt selbst und finanzieren die Sanierung ihres Projekts. Dabei lehnen sie lohnabhängige Arbeit und hierarchische Strukturen ab und versuchen, zunehmend selbstbestimmt zu leben.

Am 23.11. stellt sich das **Ökodorf Siebenlinden** vor. Das seit 1997 bestehende Projekt versucht, den Traum "einer sozial-ökologischen Modellsiedlung umzusetzen". Ziel des Konzepts ist es, zu zeigen, "dass menschliche Nutzung nicht zur Naturzerstörung beitragen muss, sondern auch einen positiven Beitrag für die ökologische Qualität des Gebietes leisten kann." Durch rund 85 ha Wald, Bauland, Garten, Acker- und Grünland realisieren sie diesen Anspruch u.a. durch weitgehende Selbstversorgung bzgl. Energie, Nahrung und Baumaterial.

Alternativ leben

Am 30.11. berichtet die **Kommune Karmitz** aus dem Wendland von ihren Erfahrungen mit 16 Jahren gemeinschaftlichem Leben. Über sich selbst sagen sie: „Wir haben hohe politische Ideale: Hierarchielosigkeit, gegenseitige Achtung und Akzeptanz, Gewaltfreiheit in Wort und Tat, Konsensprinzip, aktive Solidarität mit der undogmatischen Linken, tatkräftige Gesellschaftskritik, Anarchie!, und noch mehr ... Manchmal erreichen wir unsere Ideale, meistens laufen sie vor uns her.“

Ziel der Reihe ist es, mit den verschiedenen Konzepten vertraut zu machen und so eine Grundlage für den eigenen Lebensentwurf zu liefern. Sie richtet sich demnach an alle, denen beim Begriffspaar "alternativ leben" sofort tausend Ideen im Kopf rumspuken, an alle, die mit ihrem Lebenskonzept unzufrieden sind und jene, die einfach mal über den Tellerrand schauen wollen. Die Veranstaltungen finden ab dem 02.11., jeden Mo. von 19-21h im Kreativraum (Buntes Haus) statt.

DAS INFOLADENKOLLEKTIV



Die Siebdruckwerkstatt

Nach der Neueröffnung des Infoladens im Juli startet ein weiteres Mitmachprojekt im Bunten Haus: die Siebdruckwerkstatt. Siebdruck ist eine einfache Methode, Motive auf Stoffe oder andere Materialien zu übertragen. Genauer handelt es sich um eine Durchdrucktechnik, bei der Farbe durch einen siebartigen Stoff gerieben und so ein Bild oder ein Schriftzug übertragen wird. Das Komplizierteste hieran ist die Produktion der Druckplatte, für die man speziellen Stoff, ein bisschen Chemie und eine Dunkelkammer benötigt. Durch das bereits seit Jahren eingerichtete Fotolabor (das ebenso zum kreativen Schaffen offen steht!) ist letzterer Aspekt für uns glücklicherweise unproblematisch. Durch die Kombination des Stoffes, der auf einen Rahmen gespannt wird, einer so genannten Kopierschicht und des gewünschten Motivs mit einer Lichtquelle entsteht in einem Belichtungsverfahren die Siebdruckplatte, die dann für bis zu 40 Drucke nutzbar ist. In einer professionellen Siebdruckerei gibt es für den folgenden Druckvorgang spezielle Apparaturen – Druckkarussells – die das (v.a. mehrfarbige) Drucken erleichtern. In unserer do-it-yourself-Werkstatt müssen wir auf solch teures Gerät leider verzichten. Stattdessen wird mit einem



herkömmlichen Rakel Farbe durch die, nach dem Belichtungsprozess offenen, Poren der Siebdruckplatte gedrückt und so das Motiv übertragen. Fertig ist das selbst gestaltete T-Shirt, der persönliche Aufnäher oder individuelle Stoffbeutel.

Mitmachen: Die Siebdruckwerkstatt ist immer montags parallel zum Infoladen (19-21h) und nach Absprache geöffnet. Grundsätzlich ist es zu diesen Terminen möglich, bereits vorhandene Motive zu drucken. Hierzu sind eine kleine Auswahl an Stoffen und T-Shirt sowie verschiedenfarbige Stoffbeutel vorhanden oder du bringst deinen eigenen Stoff mit. Das Herstellen einer eigenen Druckplatte erfordert die Absprache mit dem Werkstattteam, weil dies – bedingt durch die

Trocknungs- und Belichtungszeiten – ein mehrtägiger Prozess ist.

Kosten: Wie bei allen Projekten im Bunten Haus geht es auch hier nicht darum, Geld zu verdienen, sondern einen offenen Raum für Kreativität zu bieten. Deshalb sind die Kosten für einen Druck ganz unterschiedlich. Je nachdem, ob du eines unserer vorhandenen Motive druckst oder eine eigene Druckplatte erstellen möchtest, hierzu Stoff mitbringst oder welchen aus der Werkstatt nutzt, freuen wir uns über Spenden für das Material. Wie viel dir ein Druck, ein T-Shirt oder ein Stoffbeutel wert ist, kannst du dabei im Großen und Ganzen selbst entscheiden.

Produkte: Vielleicht geht es dir gar nicht darum, wöchentlich ein neues T-Shirt zu gestalten, sondern du hast einfach nur Lust zu drucken. Dann kannst du uns gerne bei unserer eigenen kleinen "Kollektion" helfen. Zurzeit bieten wir eine kleine Auswahl an Pullovern und T-Shirts mit selbst gestalteten Motiven an, die gegen Spende erworben werden können. Derzeit ein großer Renner sind die Stoffbeutel mit dem "Bunten Haus"-Logo in verschiedensten Farben, die wir als Soli(daritäts)-Beutel für 2,- abgeben, um den Fortbestand der Siebdruckwerkstatt zu sichern.

Buttonmaschine: Neben dem Siebdruck bietet die Werkstatt auch die Möglichkeit, eigene Buttons herzustellen. Unsere Eigenkreationen geben wir für 80 Cent ab. Um selber Buttons herzustellen, musst du einzig passende Motive mitbringen, die du ausdrucken oder einfach aus Zeitschriften aussuchen kannst. In der Werkstatt kannst du diese dann ausstanzen und mit Hilfe von Rohlingen und einer Maschine zu deinem individuell gestalteten Button verarbeiten (Rohmaterial: -,50). Das Siebdruckkollektiv versteht sich im Übrigen nicht als politische Gruppe. Dennoch ist es uns wichtig, dass unsere Werkstatt nicht zur Vervielfältigung sexistischer, homophober, nationalistischer und rassistischer Inhalte genutzt wird.

Wir hoffen, eure Kreativität angeregt zu haben und freuen uns auf euren Besuch!

Das Siebdruckkollektiv im Bunten Haus

Kontakt: bhk08@web.de



Info-Café im Bunten Haus

Am 07.10. ging das neue Infocafé in seine erste Runde und stieß auf positive Resonanz. So fanden sich 20 Menschen (von 16-60 Jahren) zusammen, um den Bericht eines Studenten über die Besetzung der FH Hannover zu hören.

Das Konzept "Info-Café" war an diesem Abend Programm und soll es auch in Zukunft bleiben. Bei Kaffee und Kerzenschein kann man es sich auch in den kommenden Monaten **jeden ersten und dritten Mittwoch ab 19h** gemütlich machen und bei Keksen oder Kuchen Vorträgen lauschen, Filme schauen, diskutieren oder einfach einen leckeren Tee oder Wein trinken. Dabei ist das Infocafé die einzige Veranstaltung im Bunten Haus, bei der wir konsequenter als sonst darauf achten (können), dass die angebotenen Produkte fair gehandelt oder aus biologischer Produktion sind.

In Sachen Information haben wir uns nicht auf einen Bereich festgelegt. Vielmehr soll das Café Raum für verschiedene Inhalte geben. So sind ein Workshop zum Thema "Konsum", ein Vortrag zu "Anarchosyndikalismus", eine Tolstoj-Lesung und eine Filmvorführung angedacht. Wichtig ist uns zu betonen, dass wir für Vorschläge von außen offen sind und das Info-Café als einen Freiraum für Veranstaltungen anbieten möchten. Im Rahmen des Cafés ist auch der Infoladen im Bunten Haus geöffnet.

Falls du Ideen für die Gestaltung einer dieser Abende hast oder dich grundsätzlich einbringen möchtest, kannst du uns unter: buha-infocafe@web.de kontaktieren.

Die Termine bis Ende 2009: 04.+18.11., 02. + 16.12.

11.000 jüdische Kinder

Mit der Reichsbahn in den Tod

Noch bis zum 30.12. ist die Ausstellung von Serge und Beate Klarsfeld in der Synagoge zu sehen. Gezeigt werden über 150 Fotos, private Bilder von jüdischen Kindern, die während des Zweiten Weltkriegs in Frankreich von den deutschen Besatzern verhaftet und mit der Deutschen Reichsbahn nach Auschwitz deportiert wurden. In Frankreich gelang es der Organisation „Fils et Filles des Déportés Juifs de France“ (Söhne und Töchter der jüdischen Deportierten aus Frankreich), Fotos und andere Dokumente drei Jahre in 18 Bahnhöfen des Landes auszustellen – gewidmet den über 11.000 deportierten Kindern. Unter ihnen befanden sich rund 600 jüdische Kinder aus Deutschland und 150 aus Österreich. Kaum eines kehrte zurück. In Deutschland war es bislang nicht möglich, diese Ausstellung auf den Bahnhöfen zu zeigen. Nur besondere Interessenten können sie im Firmenmuseum der Bahn AG in Nürnberg sehen. An den Menschentransporten verdiente die Deutsche Reichsbahn Millionen.

Jahrestag der Reichspogromnacht

Am Sonntag, der 8.11., findet ab 14.30 Uhr zur Erinnerung an die Pogromnacht der zeitgeschichtliche Stadtrundgang „Celle im Nationalsozialismus“ mit Reinhard Rohde und Tim Wegener statt. Beginn: Synagoge, Im Kreise 23.

Am Montag, den 9. November, ist Ulrike Migdal (Bochum) zu Gast in der Synagoge. Sie stellt die vor ihr herausgegebenen

Briefe und Gedichte der 1942 nach Theresienstadt deportierten und 1944 in Auschwitz ermordeten Kinderbuchautorin Ilse Weber vor („Wann wohl das Leiden ein Ende hat?“), Beginn: 19.00 Uhr



Der „Zug der Erinnerung“

Erinnerungen und Spurensuche – eine mobile Ausstellung

Deutschland während der NS-Zeit: Kommandos der Staatspolizei holen Kinder aus ihren Wohnungen und Schulen. Man treibt sie auf Bahnhöfe, dann in die Waggons der „Deutschen Reichsbahn“. Bewacht von Soldaten des Hitler-Regimes geht die Fahrt nach Osten – das Ziel: Vernichtung. Der „Zug der Erinnerung“ ist eine historische Lok, deren Waggons gefüllt sind mit Dokumenten, Biografien und Fotos eben dieser Kinder und Jugendlichen.

Die mobile Ausstellung hat seit November 2007 96 Bahnhöfe angesteuert und mehr als 300.000 Besucher angezogen. Im November ist er wieder in unserer Nähe, und zwar vom 8.-12.11. auf dem Hbf Hannover und am 13. und 14.11. auf dem Bahnhof Lehrte.

Manfred Herzfeld und sein „Gruß an Deutschland“ bei radio flora

Seit 1921 war der in Hannover aufgewachsene Dr. Manfred Herzfeld als Rechtsanwalt in Celle tätig. Der Nationalsozialismus beraubte ihn, den jüdischen Rechtsanwalt, seiner Existenzbasis, er emigrierte 1936 nach Palästina. Dort erschien 1946 auch eine kleine Sammlung einiger Gedichte, mit denen er einen bitteren „Gruß an Deutschland“ sandte. 1950 kam er als „Wiedergutmachung“sanwalt zurück nach Deutschland. Um seine Lebensgeschichte und die Verarbeitung seiner Erfahrungen geht es in dem Radio-Essay von Reinhard Rohde, den Hannovers radio flora im Oktober gesendet hat. Der Beitrag ist zwischenzeitlich als Podcast verfügbar unter:

www.radioflora.de



Die DDR und die neuen Bundesländer

40 Jahre lang gab es die DDR. 1949 wurde sie in Ostberlin gegründet, zwei Wochen nachdem sich in den Westzonen die BRD konstituiert hatte. 1989/1990 implodierte die DDR, sie zerbrach an den inneren und äußeren Widersprüchen: Die Mehrheit der Bevölkerung wollte die D-Mark und den Lebensstandard der Bundesrepublik und nicht eine reformierte, sozialistische DDR. Das Vertrauen in die SED-Regierung war auf einem Tiefpunkt; die Stasi gab vielen den Rest. Tausende machten über die Grenze.

Im November 89 strich dann die SED-Regierung die Segel. Allerdings ohne die Panzer auffahren zu lassen, ohne die bewaffneten Organe Armee, Polizei, Stasi schießen zu lassen. Erstaunlich friedlich ging alles zu. 1918/1919 – 70 Jahre zuvor – war das ganz anders: Den Aufstand gegen das Morden im I. Weltkrieg, gegen das Kaisertum, für Frieden und ein bisschen Sozialismus zahlten Zehntausende von Arbeitern und Proleten mit ihrem Leben – in Berlin, München, Hamburg oder im Ruhrgebiet. Warum, wieso, woher diese Unterschiede? Doch zurück.

1990 siegte die CDU – u.a. in Gestalt der „Allianz für Deutschland“ – politisch auf ganzer Linie, wirtschaftlich siegte das westdeutsche Kapital. Im Eilverfahren, alle sozialen Bedenken beiseite schiebend, wurde die Rechts- und Wirtschaftsordnung der BRD komplett der DDR übergestülpt. Die Währungsunion zum 1.7.1990 gab der DDR-Wirtschaft den Rest. Die VEB's (Volkseigene Betriebe) und Kombinate wurden verhökert. Die Treuhand privatisierte: Über 80 % der ostdeutschen Betriebe und Unternehmen gingen an „westdeutsche Investoren“. Nicht gezählt die Häuser und Grundstücke, die an westdeutsche Erben gingen – die „gierige Verwandtschaft“. Im Westen herrschte „Goldgräberstimmung“, im Osten müssen viele nur noch getaumelt sein.

Innerhalb von zwei Jahren – von 1989 auf 1991 – ging die ostdeutsche Wirtschaftsleistung um 30 % zurück; die zentrale Industrieproduktion sogar um 60 %. (Zum Vergleich: Bei der fetten Finanz- und Wirtschaftskrise, die wir zur Zeit erleben, geht die Regierung von einem Rückgang der Wirtschaftsleistung von 5 bis 6 % aus.) Die Zahl der Erwerbstätigen sank innerhalb von vier Jahren um dramatische 3 Millionen von 8,9 Mio. auf 5,8 Mio. Erwerbstätige. (1) Von dieser „Schocktherapie“, so nannten es feixend die Ideologen des Neoliberalismus, haben sich die fünf neuen Bundesländer bis heute nicht erholt. Das Gedusel von der Freiheit im Kapitalismus brach sich Bahn in Form der „Freiheit des Lohnarbeiters“ – frei zu sein von irgendwelchen Eigentumsrechten an Produktionsmitteln (Fabriken, Maschi-

nen, Rohstoffen usw.). 40 Jahre nicht gekannt, gab es plötzlich Massenarbeitslosigkeit.

20 Jahre später: Die Grenze ist weg, die Stasi auch, ein Kessel Buntes ooch, die DDR-Goldmedaillen auch – viele tolle neue Straßen, Aral und Jet, jede Menge Konsumtempel, Erlebnisparcs, die Wahl zwischen Bananen und Apfelsinen, zwischen Audi und Mercedes oder doch Fahrrad, zwischen Adidas und Springerstiefel, Reisen in alle Himmelsrichtungen (sofern das nötige Kleingeld vorhanden ist).

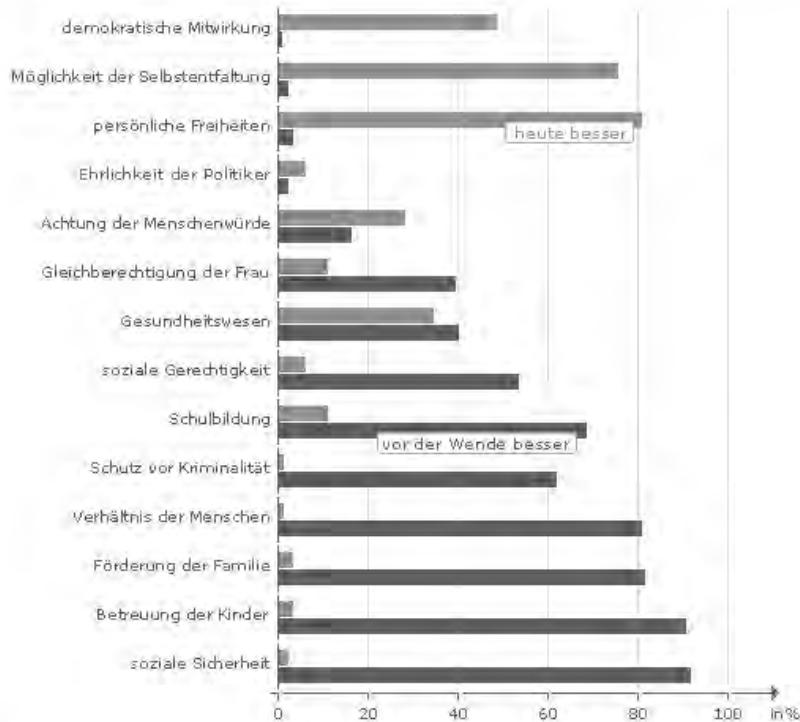
Wirtschaftlich befinden sich die neuen fünf Bundesländer – bis auf einige „Leuchtturmregionen“ – auf dem steinigen Weg ins „mezzogiorno“ (das ist der verarmte und zurückgebliebene Teil Süditaliens). Die Zahl der Arbeitslosen ist im Schnitt doppelt so hoch wie im Westen: 2007 waren im Osten offiziell 16,8 % arbeitslos gemeldet, im Westen waren es „nur“ 8,4 %. Die Anzahl der Erwerbstätigen liegt mit 5,9 Millionen auf dem Stand von 1993, davon sind etwa 25 % Geringverdiener (1,4 Mio.). Die Bruttolöhne bzw. –gehälter betragen etwa 75 % des Westen; nur 53 % der ostdeutschen Beschäftigten sind tarifgebunden.

In einem Zukunftsatlas der Prognos AG werden 40 kreisfreie Städte und Landkreise in Deutschland aufgeführt, die das Prädikat „hohe Zukunftsrisiken“ erhalten haben. Davon liegen 39 in Ostdeutschland. Auf den Plätzen 1 bis 138 mit „guter Zukunft“ dagegen ist der Westen 134 Mal vertreten und der Osten ganze vier Mal.. Kein Wunder, dass viele junge, mobile und qualifizierte Menschen die Flucht ergreifen – in den Westen. Von 1989 bis 2007 ist die Bevölkerung in Ostdeutschland um zwei Millionen (!) zurückgegangen – von 16,4 auf 14,4 Millionen; selbstverständlich auch eine Folge des Geburtenrückganges.

Trotzdem: Würde man das „Rübermachen“ als Kriterium nehmen für das Abhalftern einer Regierung – so wie damals, müsste die jetzige Regierung im und für den Osten aber sofort abdanken und zurücktreten.

P.S.: Die Regierenden und Meinungsmacher in der Bundesrepublik dreschen unentwegt auf die DDR ein, so als sei sie noch existent: „Misthaufen der Geschichte“ (Spiegel, 23.1.09), „Unrechtsstaat“, „Knast“, „Diktatur“ – als sei Hitler in Gestalt von Ulbricht wieder auferstanden oder Bautzen mit Auschwitz zu vergleichen. Antikommunistische Reflexe und Feindbilder sollen bedient werden. Der Gedanke an eine Alternative zum Kapitalismus soll grundlegend diskriminiert werden. Und da der Kapitalismus eine seiner tiefsten Wirtschafts- und Systemkrisen erlebt, ist dies um so dringender.

■ Welche der folgenden Bereiche waren vor der Wende besser? Welche sind es heute?



Wortlaut der Studie: "Vergleichen Sie bitte auf einigen Gebieten des Lebens die Situation damals in der DDR vor der Wende und heute in Ostdeutschland.
 1 war es vor der Wende besser
 2 ist es heute besser
 3 gibt es kaum einen Unterschied
 0 Das kann ich nicht beurteilen."

tem aufwachsen“. Insbesondere bei den sozialen Fragen - bei den Themen Schulbildung, Verhältnis der Menschen untereinander, Situation der Frauen, soziale Gerechtigkeit usw. steht die DDR bei ihren ehemaligen Bürger_innen hoch im Kurs. Die Erfahrungen mit zwei Gesellschaftssystemen haben bei vielen Ostdeutschen ein abgewogenes und differenziertes DDR-Bild entstehen lassen, im Gegensatz zur Hetze in den hiesigen Medien.

(1) Zahlenangaben aus U. Busch, W. Kühn, K. Steinitz, Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland, VSA-Verlag 2009

Quelle: www.wiedervereinigung.de/sis/

Was denken ehemalige DDR Bürger eigentlich heute über die DDR und den gravierenden Wandel? Dazu gibt es eine einmalige sozialwissenschaftliche Studie: die sogenannte „Sächsische Längsschnittstudie“ (Homepage: www.wiedervereinigung.de/sis/.)

Sie wird seit 1987 bis heute jährlich neu erhoben. Sie begann mit 1200 Schülerinnen und Schülern der 8. Klassenstufe in Leipzig und Chemnitz; repräsentativ für diesen DDR-Jahrgang. Geboren 1972/1973 sind die Teilnehmer_innen heute etwa 35 Jahre alt; etwa 400 nehmen auch heute noch freiwillig teil. 54 % von ihnen sind Frauen. Fast alle haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. 25 % haben studiert. 68 % haben Kinder. 25 % leben mittlerweile in den alten Bundesländern bzw. im Ausland.

Einige der Ergebnisse aus 2008:

Für 65 % war es „höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist“. Für 25 % war „Die DDR [...] genau so eine Diktatur wie das Naziregime“, aber für 46 % eben nicht und für den Rest ist es ambivalent. Für ein Drittel der Teilnehmer (32 %) war die DDR auch „ein lebenslanger Knast“. Aber 92 % sind „froh, die DDR noch erlebt zu haben“ und 65 % waren „damals gerne DDR-Bürger“.

79 % kreuzen an, dass „das jetzige System [...] eine Diktatur des Geldes“ ist. Und lediglich 15 % hoffen, „dass auch meine (zukünftigen) Kinder im jetzigen Sys-

DDP Bundespreis 10-14 politische Bildung 2009

ueber Macht
 Kontrolle, Regeln, Selbstbestimmung
 Das bundesweite Filmfestival
 3. September bis 17. Dezember 2009
 Kino achteinhalb
 CELLE
 Hannoversche Straße 30e | 29221 Celle
 www.kino-achteinhalf.de

5. Nov.	19:30 Uhr	RUHNAMA – IM SCHATTEN DES HEILIGEN BUCHES
19. Nov.	19:30 Uhr	DIE DÜNNEN MÄDCHEN
3. Dez.	19:30 Uhr	MANDA BALA – SEND A BULLET
17. Dez.	19:30 Uhr	STRANGE CULTURE/FREMDKULTUREN

www.ueber-macht.de

dieGesellschafter.de
 IN WILD FOR YOUR NEIGHBORHOOD WOULD YOU LIVE?
 Eine Initiative der AKTION UNTER

1989/1990 - Nie wieder Deutschland

Die Medienberichterstattung zum 20. Jahrestag des so genannten Mauerfalls bastelt an nationaler Identität. Dass ein Teil der DDR-Bürgerrechtsbewegung seinerzeit damit genauso wenig am Hut hatte wie die radikale Linke in der alten BRD, verschwindet hinter dem schwarz-rot-goldenen Flaggenmeer. Dabei waren die Ziele vieler organisierter DDR-Gruppen zwar vielleicht naiv, aber sie beschworen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Und die Linke im Westen war zwar ohnmächtig, aber hinsichtlich der Folgen der Kohlschen Anschlusspolitik prognostisch auf der Höhe.

Die DDR und die Lebens- und Arbeitsbedingungen in diesem anderen Deutschland waren für die radikale Linke in Westdeutschland in den 1980er Jahren kaum von Interesse. Die DDR – das war das Terrain der Deutschen Kommunistischen Partei und die war, vielleicht gerade wegen ihrer bedingungslosen Solidarität, kaum mehr als ein gelegentlicher Bündnispartner in Friedenspolitik und Antifaschismus. Innenpolitisch setzte man sich mit den Aktivitäten der revanchistischen Vertriebenenverbände auseinander, aber schon die Dialogkontakte zwischen SPD und SED in den Mit-Achtzigern interessierten kaum.

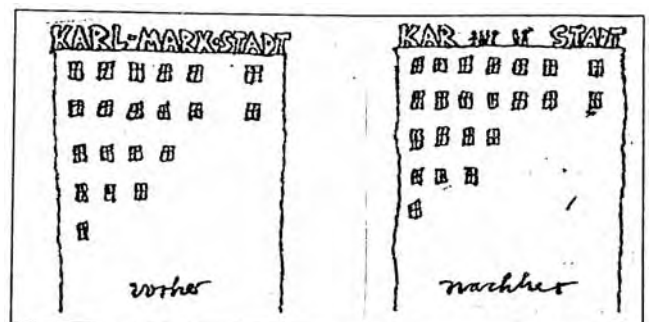
Die Flüchtlingswelle aus der DDR im Herbst 1989 kam deshalb für die Westlinke überraschend. Sie reagierte irritiert ob der Bedürfniswelt der Rübermacher, von vornherein aber auch mit einem anti-nationalistischen Reflex.

In Celle fand sich der erste öffentliche Kommentar zur neuen Situation in der Publikation „schlaglichter“, die als „Antifaschistische Informationen Celle“ von 1988 bis 1993 zumeist monatlich, acht Seiten stark und kostenlos herauskam. In der Ausgabe 7/89 vom 24. Oktober 1989 analysiert „syo“ unter dem Titel „Über Goldrausch und Anschluss“ sowohl die trügerischen Vorstellungen der Flüchtlinge vom Westen wie auch die Reflexe der Herrschenden im Westen. Während ihm der Traum von Konsumentenfreiheit noch nachvollziehbar, wenn auch realitätsfern scheint, kontrastiert er das „Gedusel von der Freiheit“ mit der „Freiheit des Lohnarbeiters“: „Und wie das mit der Redefreiheit der Arbeiter/innen in den Betrieben ist, werden sie auch schnell erfahren, wenn der Ost-Bonus entfallen ist und sie den Mund aufmachen gegen Kapitalinteressen“. Die westdeutsche Politik würde unter begeisterter Begleitung der Medien an der Destabilisierung der DDR arbeiten: „Daß die BRD-Botschaften internationales Recht brachen, ist aus den bürgerlichen Medien nicht zu erfahren gewesen.“ Der Artikel endet mit einer weitsichtigen Einschätzung: „Die politi-

sche Situation in der DDR hat sich durch die Herausbildung von Oppositionsgruppen, die den Schoß der Kirche verlassen haben, geändert. An der Debatte um deren programmatischen Inhalt wird die SED nicht vorbeikommen. Umgekehrt werden die Oppositionsgruppen sich scharf gegen jeden Revanche-Gedanken seitens der BRD wenden müssen, ansonsten werden sie schnell zu nützlichem Werkzeug für westdeutsche Kapitalinteressen. Und wer sich hier als Linker nicht gegen das Wiedervereinigungs-Gedröhne wendet, sollte vom Rest lieber schweigen.“

Die nächste Ausgabe der „schlaglichter“ erschien erst am 8. Dezember 1989. Die DDR hatte zwischenzeitlich am 9.11. die Reisefreiheit eingeführt, woraufhin in einem deutschen Parlament – nämlich dem Bundestag – zum dritten Mal nach 1914 und 1933 spontan die Nationalhymne gesungen wurde. So gesehen ist es vielleicht wenig erstaunlich, dass in den „schlaglichtern“ von „Ostkolonisation“ die Rede war: „das westdeutsche Kapital ist siegestrunken, die DDR zu kassieren, pardon zu konföderieren, und den gesamten RGW-Staaten den privatkapitalistischen Segen zuteil werden zu lassen.“

Stadt und Landkreis Celle ließen sich die Werbung hierfür sogar etwas kosten. Am ersten Dezemberwochenende lockte eine Besonderheit 18.000 Besucher_innen aus der DDR nach Celle, denn: Hier gab es das obligatorische Besuchergeld in Höhe von 40 DM ein zweites Mal. Eine „einmalige Leistung“ im norddeutschen Raum, frohlockte die Cellesche Zeitung und lobte die im „Eilbeschluss“ durch OKD Rathert und Landrat Bühmann hergestellte Freigiebigkeit.



Ein gewichtiger Akteur gegen die schnell von der Kohl-Regierung ausgehenden Annexionspolitik war vor Ort seinerzeit die grüne Partei. Seit Mitte der 1980er Jahre war der Kreisverband von der Strömung der Öko-Sozialist_innen dominiert, die auch in der Gesamtpartei eine fragile Mehrheit hatten. Die Parteilinie hatte in der Forderung nach der Anerkennung der DDR bestanden. Daraus ergab sich fast folgerichtig, auch in der Umbruchphase ein Festhalten an der Zweistaatlichkeit.

Deutlich positionierte sich der Kreisvorstand in einer Pressemitteilung vom Ende November 1989; die CZ titelte: „*Celler Grüne warnen vor Wiedervereinigungsgerede und Deuschtümelei / Nationale Trommel in die Rumpelkammer*“. (CZ, 28.11.1989) Die Partei sah in der Dynamik der gesellschaftlichen Bewegung „*eine Chance für den demokratischen und ökologischen Wandel des Sozialismus in der DDR*“. Das bundesdeutsche Gesellschaftssystem, das neben allem Wohlstand auch Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit erzeuge, könne kaum Vorbild für eine „*Gesellschaft im Aufbruch*“ sein.

Die Kritik an Wiedervereinigungsforderungen war durch die Grünen Bestandteil des gesellschaftlichen Diskurses. Aber sie wurde selbstverständlich auch diffamiert. Einen Anlass fand die Cellesche Zeitung (CZ) zum Jahresende. Julius Krizsan, von 1983 bis 1985 für die Celler Grünen im Bundestag und seitdem Kreistagsabgeordneter, hatte am 6. November einen Leserbrief an einige DDR-Zeitungen geschickt. Darin warnte er davor, „*sich durch falsche Informationen und durch Illusionen verleiten zu lassen, in die BRD auszureisen, anstatt für die Verbesserung in der DDR zu arbeiten.*“ „*Das bunte Bild im Fernsehen sieht nicht die Realität dieses Landes. Wohnungsnot und Obdachlosigkeit, Armut, Preis- und Lohnrückerei, Arbeitslosigkeit, Ausländerhaß kommen da nicht vor.*“ Er forderte dazu auf, „*für einen demokratischen Sozialismus [zu kämpfen], für Meinungsfreiheit und –vielfalt, für die Zukunft der Kinder in der DDR*“. Der Leserbrief wurde am 17. November in der Hallenser Zeitung „*Freiheit*“ mit der nicht von Krizsan stammenden Überschrift „*Wohlgemeinter Rat: Bleibt zu Hause!*“ veröffentlicht.

Am 28. Dezember berichtete dann die CZ über Krizsans Leserbriefveröffentlichung in einer „*SED*“-Zeitung und kommentierte dies als „*unmöglichen Vorgang*“ – ohne allerdings bei ihm nach Hintergründen und Reaktionen zu fragen. Der Landesvorsitzende der Niedersächsischen CDU, Wilfried Hasselmann, reagierte mit einem Leserbrief, in dem er, ohne auf ein einziges Argument Krizsans einzugehen, die Berufsverbotskeule schwang: „*Nun kommt es nicht auf die Ratschläge des Herrn Krizsan an. Sie sind sicher auch nicht erbeten. Schade nur, daß er Beamter und Lehrer ist. Das läßt Bedenken unserer Kinder wegen aufkommen.*“ (CZ, 02.01.1990) Der Vorsitzende des ÖTV-Beamtenausschusses und eine in der GEW engagierte Lehrerin wiesen die Attacke Hasselmanns zurück als „*Maulkorb*“-Kampagne. Auch Fritz Riege (SPD) übte Solidarität und verwahrte sich gegen „*die Androhung von Berufsverboten*“.

Die Celler GRÜNEN blieben in den ersten Monaten des Jahres 1990 bei ihrer Kritik an der Wiedervereinigung. Am 31. Januar bot der „*Celler Mittwochs Kurier*“ den lokalen Kandidaten für die im Mai anstehende Landtagswahl, Susanne de Klark und Reinhard Rohde, breiten Raum. „*In der Deutschlandpolitik seien die Grünen zu einer Position der Zweistaatlichkeit gekommen, was eine Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft bedeutete. Nur auf dieser Basis sei eine Kooperation in ökologischer*

und ökonomischer Hinsicht sinnvoll. Alles andere laufe auf Anschluß und eine Übertragung westdeutscher Wirtschafts- und Konsumweisen hinaus, die in der DDR die Probleme nur wenig lösen helfen.“ In derselben Ausgabe widersprach der damalige CDU-Bundestagsabgeordnete Hedrich in einem Gastkommentar mit der Überschrift „*Nur der Zusammenschluß beider Deutschlands ist der richtige Schritt*“: „*Ein rascher wirtschaftlicher Aufstieg in Mitteldeutschland [er meinte die DDR] wird einen gewaltigen Konjunkturschub in ganz Deutschland auslösen. Fachleute sprechen heute schon von einem zweiten Wirtschaftswunder. [...] Die Spalterflagge mit Hammer und Sichel wird uns dann nur als schlechter Traum in Erinnerung bleiben*“.

Das genaue Gegenteil prognostizierte am 8. April 1990 der Landtagskandidat der Grünen, Reinhard Rohde, in einem Leserbrief an den „*Celler Kurier*“:

„*Nun kann, nun soll es also kommen, das eilige Vaterland in Form einer Währungs- und Wirtschaftsunion. Wer es angesichts der Verheißungen über ein ‚Wirtschaftswunder‘ und schnellen Wohlstand in der DDR wagt, nach den Kosten dieses Anschlußunternehmens zu fragen, wird abgebügelt. Wo es ums Nationale geht, ist das Gezänk über Milliarden und Billionen auf einmal kleinkrämerisch. Daß der rasche Anschluß der DDR an die BRD mit katastrophalen Verwerfungen verbunden ist und die anzuschließende DDR der ‚mezzogiorno‘ des eilig zusammengezimmerten Vaterlandes sein wird, gibt die Bundesregierung nur indirekt zu, indem sie bereits vorsorglich die Notaufnahmelager und alle Eingliederungshilfen ersatzlos streicht. [...] Am ‚Tag X‘ [der Währungsunion] werden westdeutsche Kameras zwar glückliche DDR-Bürger mit umherwandelnden DM-Scheinen einfangen. Gleichzeitig aber werden die 200 Kombinate, 3.000 VEBs und rund 80.000 Handwerks- und Kleinbetriebe schockartig dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt und alle sie schützenden alten Rahmenbedingungen entfallen. Um die Wirkung an einem Beispiel der BRD zu illustrieren: Würden hierzulande auf einen Schlag die Subventionen für Kohle, Stahl oder Landwirtschaft gestrichen, würden sofort Millionen Menschen ihre Existenzgrundlage verlieren. Und genau das erwartet auch die DDR: Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe. [...] Der groß angekündigte Investitions-Boom ist bislang leere Versprechung und wird es wohl bleiben, denn investiert wird nur, wenn die DDR-Ökonomie halbwegs intakt ist. Genau das aber verhindert die Währungsunion. Sie setzt auf die fast vollständige Zerstörung des gesellschaftlichen Systems nicht mit ungewissem Ausgang. Die DDR-Ökonomie wird systematisch und sehr rasch in den Bankrott getrieben und auf längere Zeit von der BRD subventioniert werden.*“

Im Landtagswahlkampf machten die Grünen einige Veranstaltungen mit Leuten aus der Bürgerrechtsbewegung, so z.B. mit Jutta Hartmann aus Magdeburg. Die Cellesche Zeitung berichtete: „*Die Vertreterin der Grünen Liga bedauerte, wie schnell aus der Losung >Wir sind das Volk< die Wiedervereinigungsparole >Wir sind ein Volk< geworden sei. Die Hysterie gegen die alte Macht ma-*

che blind für das Erhaltenswerte, wobei Jutta Hartmann das >Recht auf Arbeit< und die Schaffung von Voraussetzungen zur Gleichberechtigung der Frauen wie gesicherte Kindergartenplätze erwähnte. Die Bevölkerung sei >in den letzten Wochen gefährlich nach rechts gedriftet<, das Patriarchat sei auf dem Vormarsch und >Deutschtümerei< und Ausländerfeindlichkeit nähmen unangenehme Formen an.“ (CZ, 02.03.1990)

Die niedersächsischen Grünen konnten nach der Landtagswahl zwar mit Schröder eine rot-grüne Landesregierung bilden. Sie hatten den Einzug in den Landtag aber mit 5,5, % nur knapp geschafft – für die mäßigen 4 % in Celle mag die konsequente Kritik der Wiedervereinigungspolitik ihren Beitrag geleistet haben.

Neben den Grünen entwickelte sich in Celle ein Zusammenschluss, der vom Mai bis zum November als „Gesellschaft der vaterlandslosen GesellInnen und Gesellen“ agierte. Diese Gruppe rechnete sich dem bundesweiten Bündnis Radikale Linke (RL) zu, das unter dem Motto „Nie wieder Deutschland“ 1990 mit zwei Großdemonstrationen und Kongressen gegen die Wiedervereinigung arbeitete.



Zur gewissermaßen konstituierende Veranstaltung war am 18. April Thomas Ebermann, der gerade gemeinsam mit anderen bekannteren Grünen die Partei verlassen hatte, weil auf dem Bundesparteitag Ende April die Position der Zweistaatlichkeit aufgegeben worden war. Sein Thema: "Die Linke in der Bundesrepublik - aus dem Abseits in die Offensive?" Die Grünen, so seine Kri-

tik, hätten sich programmatisch an die Erfordernisse der kapitalistischen Wirtschaft angepasst und sich den Ordnungskriterien einer "normalen deutschen Wahlpartei" unterworfen. Linke Politik müsse sich jetzt aus einer krassen gesellschaftlichen Minderheitenposition entfalten. Er stellte in das Projekt der „Radikalen Linken“ vor. Zwei Wochen später kam ein anderer Vertreter dieses Bündnisses nach Celle. Der Journalist Oliver Tolmein referierte am 2. Mai zum Thema: "Kommt das Vierte Reich? Hintergründe und Folgen der Wiedervereinigung."

Die Veranstaltungen wurden in einer 8-seitigen Flugschrift angekündigt, mit der auch zur Frankfurter Demonstration der Radikalen Linken am 12. Mai geworben wurde. Ihr Selbstverständnis legten die „Vaterlandslosen“ so dar:

„Gegründet von Menschen unterschiedlicher politischer Herkunft und Ansichten, denen die Abneigung gegen Platz greifende deutschnationale Besoffenheit und Volkstümerei gemeinsam ist, stellt die "Gesellschaft" einen Versuch dar, intellektuellen und politischen Widerstand gegenüber "Deutschland" zu sammeln und wirksam zu machen. [...]"

Unser Programm: Radikale Verweigerung!

Wir sind nicht bereit, zu den derzeitigen Siegern der Geschichte überzulaufen und an der "Einheit der deutschen Nation" mitzuzimmern. Wir verweigern uns allen Versuchen, dem über den "Realsozialismus" triumphierenden Kapitalismus zu demokratischer Legitimation zu verhelfen. Wir sind nicht bereit, einem politischen und ökonomischen System Absolution zu erteilen, dessen innerer Herrschaftszusammenhang auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Frau durch den Mann beruht und das die ökologischen Lebensgrundlagen der gesamten Menschheit zu vernichten droht.

Wir sind solidarisch mit den Menschen und Völkern der sogenannten "3. Welt", auf deren Unterdrückung und Ausbeutung der materielle Wohlstand eben jenes Kapitalismus zum nicht geringen Teil beruht, der heute seine aggressive Expansionspolitik gen Osten unter dem Mäntelchen politischer Nächstenliebe zu verkaufen trachtet.

Wir sind solidarisch mit den oppositionellen Gruppen und Menschen in der DDR, die an der ursprünglichen Intention der "Revolution" - Verwirklichung einer radikalen Verfassungs- und Gesellschaftsreform im Geiste des freiheitlichen und demokratischen Sozialismus - festhalten.“

Inhaltlich findet sich weiter in dieser Flugschrift eine Auseinandersetzung der mit der Währungsunion einhergehenden „schöpferischen Zerstörung“ (FAZ). Als Kehrseite des Wohlstands- und Wachstumsmodell der kapitalistischen Gesellschaften wird das Sterben im Trikont und die weltweite Umweltzerstörung benannt. Der GG Artikel 23, nach dem sich der Anschluss vollziehen sollte, wird in seinen rechtlichen und politischen Konsequenzen analysiert. Und es wird der Aufruf „Nie wieder Deutschland. Demonstration gegen den deutschen Nationalismus, gegen die Kolonisierung Osteuropas und gegen die Annexion der DDR“ dokumentiert.

Die Frankfurter Demonstration war mit rund 20.000 Teilnehmer_innen zwar kein Misserfolg, aber: Es war längst nichts mehr aufzuhalten. Die nach dem Wahlerfolg der rechten „Allianz für Deutschland“ bei den Volkskammerwahlen einsetzenden gemeinsamen Verhandlungen der neuen DDR-Führung und der Kohl-Regierung führten zunächst zur Unterzeichnung eines Staatsvertrags über eine gemeinsame Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 18. Mai 1990. Die darin zum 1. Juli beschlossene Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion besiegelte das Ende der DDR.

In Celle hatten die „Vaterlandslosen“ noch einen spektakulären Abgang. Mit großem Aufwand veranstaltete die Stadt am 3. Oktober 1990 ein Vereinigungsfest. 10.000 Menschen strömten auf die Stechbahn, um sich – wie die CZ befand – „ohne nationales Pathos“ über den gelungenen Anschluss der DDR zu freuen. Nur einige tanzten aus der Reihe: „So friedlich wie die Revolution in der DDR verlief der Abend in Celle. Lediglich während des Bengalischen Feuerwerks vor dem Schloß kam es zu massiven Störungen durch, wie es im Polizeibericht heißt, 'nicht besserungsfähige Punker aus dem Celler Milieu.' Die Nationalhymne, vorgetragen von den Thüringer Blasmusikanten und Chören aus Quedlinburg und Celle, ging im Getöse aus Pfiffen und Beifall unter.“ (CZ, 04.10.1990)

Von Beginn der „deutschen Einheit“ an speist sich die Sprache von Celler Polizeiberichten scheinbar aus Tagen eines noch größeren Deutschland. Und die „nicht besserungsfähigen Punker“ bildeten in dem rund 40-köpfigen Block der Störer_innen nicht einmal die Mehrheit. Aber in der Tat war das Ende der Festveranstaltung nur für die Gegner_innen ein Fest. Es war tatsächlich gelungen, in einer doch recht großen Gruppe direkt in die Nähe der Kapelle zu gelangen und die Nationalhymne im Lärm von Trillerpfeifen und Silvesterknallern untergehen zu lassen.

Noch zwei Monate später las man in der CZ: „Biermann [...] blickte dann 'im Zorn' zurück. Einen festlich-würdigen Ausklang habe man sich für die Feier gewünscht, mit Nationalhymne und Bundesflagge auf dem Schloß. Doch dies sei zunichte gemacht worden durch eine 'Horde bekannter Personen', die sich nicht geschämt hätten, diese festliche 'Stunde durch Pfeifkonzert und Feuerwerkskrachen zu stören. Das Hissen der deutschen Fahne auf dem Schloß sei verhindert worden, weil Unbekannte - vermutlich aber doch der gleichen Gruppe zugehörig - das Seil am Mast zerschnitten hatten.“ (CZ, 29.11.1990)

Die „Vaterlandslosen“ riefen dann noch zur bundesweiten Demonstration am 3. November in Berlin auf, die unter dem Motto „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“ – einem Zitat aus der Todesfuge von Paul Celan – noch etwa 8.000 Teilnehmer_innen hatte.

Die meisten der Warnungen sowohl aus der grünen Partei vor einer überstürzten Wiedervereinigung wie

auch aus der Radikalen Linken vor den langfristigen Wirkungen erwiesen sich als gerechtfertigt. Die Bevölkerungsmehrheiten und Ost und West waren für diese Kritik aber nicht zu gewinnen. Einen deutlichen Niederschlag fand dies bei der Bundestagswahl am 2.12.1990 im Scheitern der Grünen an der 5 %-Hürde im Westen. Dieses parlamentarische Aus für eine Legislaturperiode führte innerparteilich zu einer realpolitischen Wende.



In Celle brachte die Deutsche Einheit deshalb die Spaltung eines in den 1980er Jahren durchaus gemeinsam handlungsfähigen Milieus aus Grünen, Alternativen, Autonomen und radikalen Linken. Die Bündnisgrünen sind seitdem weitgehend abgekoppelt von dem, was man „Szene“ nennen könnte – und die „Szene“ hatte bis zum Entstehen der LINKE vor Ort keinen parlamentarischen Partner mehr.

Der Versuch der Westlinken, den bedingungslosen Anschluss/Beitritt der DDR-Länder zu verhindern, war übrigens spätestens zu dem Zeitpunkt anachronistisch, als die so genannte „friedliche Revolution“ gescheitert war. Denn in dem Moment, als in der DDR die Losung „Wir sind ein Volk“ den gesellschaftsverändernden Impuls von „Wir sind das Volk“ ablöste, war's vorbei. Dazu gibt es im neuen AntiFa-Infoblatt ein spannendes Interview mit Zeitzeug_innen: www.nadir.org/nadir/periodika/aib/



Kino 8 ½ im November & Dezember

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



6. und 7. November

BIRDWATCHERS DAS LAND DER ROTEN MENSCHEN

Die weißen Großgrundbesitzer im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso do Sul führen ein komfortables Leben. Der Anbau von genveränderten Pflanzen auf ihren gewaltigen Feldern ist nicht die einzige Einnahmequelle, auch "Birdwatching"-Touren für Touristen sind im Angebot. Die für diese Touren als Foto-Attraktion engagierten Guarani-Kaiowa Indianer fristen dagegen ein klägliches Leben in ihren Reservaten abseits der fruchtbaren Plantagen, vertrieben von dem Land, das einmal ihnen gehörte. Und es ist dieses perspektivlose Dasein, das die Revolution eines Stammes auslöst.

Italien 2008 - 108 Minuten

13. und 14. November

ZERRISSENE UMARMUNGEN

Der neue Film von Pedro Almodóvar mit Penélope Cruz - Ein erblindeter Drehbuchautor erinnert sich an seine große Liebe und die Zeit, als er selbst noch Filme drehte, insbesondere seine letzte, nicht fertig gestellte Komödie. Ein Film im Film im Film von Pedro Almodóvar, der virtuos Zeit- und Handlungsebenen verschränkt und vieles in einem ist, Thriller, Telenovela, Melodram und Komödie, hochemotional und kühl durchkomponiert, voller Anspielungen und Bezüge auf Filme, Kunstwerke und das eigene Werk. Der Film zählt zum Anrührendsten und Schönsten, was das europäische Kino derzeit zu bieten hat.

Spanien 2009 - 129 Minuten

20. und 21. November

DER SCHIMMELREITER

Ein ordnungsliebender, im Stillen aber vom Ausbruch aus dem Alltag träumender Lebensmittelkontrolleur in der dithmarscher Provinz gerät an einen misanthropisch-desillusionierten Mitbewohner, der ihn bei seinen Kontrollfahrten begleitet.

Deutschland 2008 - 93 Minuten.

27. und 28. November

DAS GROSSE GESCHÄFT ODER DIE TOILETTE DES PAPSTES

Papst Johannes Paul der II soll die Kleinstadt Melo besuchen. Die Bewohner versuchen aus dem Papst Besuch Kapital zu schlagen, Einer von ihnen, Beto, beschließt, ein öffentliches Klo für die Papstbesucher zu errichten.

Uruguay 2007 - 98 Minuten - OmU.

4. und 5. Dezember

DER DORFLEHRER

Ein junger Lehrer lässt sich von Prag in ein Dorf in der böhmischen Provinz versetzen. Dort freundet er sich mit einer Bäuerin an, die eine gescheiterte Ehe hinter sich hat. Während sie sich ihn verliebt, entwickelt der stille Städter eine Neigung zu ihrem fast erwachsenen Sohn, der seinerseits unter dem Scheitern seiner Beziehung zu einer Gleichaltrigen leidet. Ein sensibel und angenehm zurückhaltendes Drama um die Sehnsucht nach Liebe und den Schmerz der Zurückweisung, spannungsreich gespiegelt in großartigen Bildern der sommerlichen Landschaft und komödiantisch angelegten Nebenfiguren aus dem Dorfkosmos. Bei allem angesprochenen Leid wird die sorgfältig und ruhig entwickelte Erzählung von einer lebensbejahend hoffnungsvollen Haltung geprägt.

Tschechien 2008 - 120 Minuten

11. und 12. Dezember

GIGANTE

Ein schüchterner Wachmann eines Supermarktes verliebt sich in eine Putzfrau, die er über seine Monitore bei der Arbeit beobachtet. Da er sie nicht direkt anzusprechen wagt, verfolgt er ihren Alltag über das Überwachungssystem und heftet sich nach Dienstschluss heimlich an ihre Fersen heftet. Humorvoll entwickelte Geschichte über einen wortkargen Sonderling, der durch die Liebe aus seiner Lebensroutine aufgeschreckt wird. Mit viel Gefühl für die sozialen Gegebenheiten inszeniert, formuliert die unterhaltsame Komödie gleichzeitig unterschwellig eine Kritik am wirtschaftlichen Strukturwandel in Uruguay. Der Gewinner des Silbernen Bären auf der Berlinale 2009 ; Alfred-Bauer-Preis 2009

Uruguay 2009 - 88 Minuten

18. und 19. Dezember

CHE - GUERRILLA

"Guerilla", der zweite Teil von Steven Soderberghs epischer Che-Biografie, ist das Negativ zum Positiv des ersten Teils "Der Argentinier." Auf subtile Weise ähnlich, erzählt auch Teil 2 von einer Guerillaaktion, nämlich vom Versuch Guevaras Bolivien zu befreien - mit dem Unterschied, dass diese im Gegensatz zur erfolgreichen Invasion Kubas des ersten Teils scheitert. Aus dieser Dialektik von Erfolg und Scheitern entsteht die Spannung der Filme, die stilistisch brillant sind und mit Benicio Del Toro einen überragenden Hauptdarsteller haben.

USA 2008 - 131 Minuten

Politische Termine in und um Celle

Di., 3. November, 20.00

Sozialforum 2009 in Deutschland Berichte und Perspektiven

Referenten: P. Stern und V. Petran

Veranstaltung von attac Celle

DAA, Spörckenstraße

Mo., 9. November, 19.00

Alternativ leben?!? Vorstellung von Hausprojekten in Potsdam

Buntes Haus

Di., 10. November, 18.00

Rechtsextremismus bei uns?

Vortrag von Dirk Baier vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen; er stellt eine Studie zu ausländerfeindlichen Einstellungen bei Jugendlichen vor.

Projekt Brückenbau, Jägerstraße 25a

Mi., 11. November, 19.30

Heiße Zeiten - Wie der Klimawandel gestoppt werden kann

Vortrag mit Wolfgang Pomrehn, Wissenschaftsjournalist und Autor aus Köln

Im Vorfeld der Klimakonferenz in Kopenhagen stellt der Wissenschaftsjournalist Wolfgang Pomrehn seine Thesen zum Klimawandel vor. Den Umbau so schnell wie möglich zu beginnen und nicht abzuwarten, bis die ökologische Krise allgegenwärtig und die ökonomische nicht mehr abzuwenden ist, darum dreht es sich.

Veranstalter: RLS Nds. in Koop. mit dem Rosa-Luxemburg-Club Celle

Buntes Haus; Eintritt: frei

Do., 12. November, 20.00

"Auf Wiedersehen im Himmel"

Der Film erzählt die Geschichte von 40 Sinti-Kindern zwischen 6 und 16 Jahren, die der nationalsozialistischen Rassenforscherin Eva Justin für ca. 20 Monate als "Untersuchungsgut" für ihre Dissertation im katholischen Kinderheim der "Heiligen St. Josefspflege" in Muldingen zur Verfügung gestellt wurden. - Filmveranstaltung der VVN/BdA

Kino 8 ½, kein Eintritt

Fr., 13. November, 19.00

Kirche trifft: Junge Autorinnen und Autoren des deutschen Literaturinstituts Leipzig

Mit Christina Maria Landerl, Sascha Kokot, Kerstin Preiwuß; Moderation: Claudius Nießen

Foyer des Gemeindehauses, An der Stadtkirche 8

Mo., 16. November, 19.00

Alternativ leben?!? – Die Kommune Burg Lutter stellt sich vor

Buntes Haus

Di., 17. November, 20.00

Stammtisch

attac Celle

Herzog Ernst, Neue Straße

Di., 17. November, 20.00

"20 Jahre Mauerfall. Wächst zusammen, was zusammen gehört?"

Vortrag von Joachim Gauck

Oberlandesgericht Celle

Di., 17. November, 19.30

Nazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft

Ein Informationsabend mit Andrea Röpke und Andreas Speit

Unterlüß, Gemeindehaus der Friedenskirche, Schulstraße

Veranst.: Mahnwache Gerhus, Ev.-luth. Friedenskirche und Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus

Mi., 18. November, 19.00

Das kommunistische Manifest

Gelesen von dem Schauspieler und Rezitator Rolf Becker (jaja, der Vater von Ben + Meret)

HVHS Hustedt

So., 22. November, 11.00

Das jüdische DP-Camp Bergen-Belsen und sein deutsches Umfeld

Vortrag von Dr. Thomas Rahe

Gedenkstätte Bergen-Belsen

Mo., 23. November, 19.00

Alternativ leben?!? – Ökodorf Sieben- linden

Buntes Haus

Do., 26. November, 19.00

"Erfüllte und nicht erfüllte Hoffnungen nach 20 Jahren friedlicher Revolution in der DDR"

Eberhard Brecht engagierte sich als ein Mitinitiator der Bürgerrechtsbewegung in Quedlinburg, als SPD-Mitglied wurde er 2001 zum Bürgermeister gewählt.

Altes Rathaus, Am Markt

Do., 26. November, 19.00

Roots Germania

Film und Diskussionsveranstaltung mit der Regisseurin Mo Asuman

Eschede, Musenmöhl, Rebberlaher Str.

Veranst.: Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus

Mo., 30. November, 19.00

Alternativ leben?!? – Kommune Kar- nitz aus dem Wendland

Buntes Haus

So., 13. Dezember, 15.00

Literaturlinks

Mitglieder des Celler Rosa Luxemburg Clubs und Interessierte präsentieren in kurzen Vorstellungen ihr "Buch des Jahres" (Belletristik und/oder Sachbuch)

Buntes Haus; Eintritt: frei

Sa., 19. Dezember, 15.00

"Keine Nazitreffen in Eschede"

Demonstration des „Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus“

Auftaktkundgebung um 13.30 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz; Demonstrationsweg (beantragt) von der Bahnhofstraße, über Uelzener Straße (B 191), Hermannsburger Straße (L 281); zwischen 15.00 und 17.00 Uhr Abschlusskundgebung an der Kreuzung Hermannsburger Straße / Zum Finkenbergr / Im Dornbusch.

Kunst & Kultur

Sa., 7. November, 20.00

Jailbreaker – AC/DC Covershow

Die Band aus Marburg hat bereits mehrfach die CD-Kaserne gefüllt – als Support die Celler Band Nikki Puppert
CD-Kaserne, AK 14,00 / VVK 12,90

Sa., 7. November, 18.30

Eschede muckt auf!

Festival mit einer gemeinsamen Stimme gegen Rechtsradikalismus – und den Bands Backdraft, Fire in Fairyland, 3rd Grande Burn, WhatEver, Nur zu 2t, Fresh

Glockenkolkhalle Eschede, Eintr. frei

So., 8. November, 20.00

“Between now and then” - Irish Folk Festival

CD-Kaserne, AK 28,00 / VVK 23,90

Mi., 11. November, 20.00

Heinz Rudolf Kunze „Räuberzivil“

... in Begleitung von Wolfgang Stute (git,erc.) und Hajo Hoffmann (viol)

Volksbank Celle, Foyer, Stechbahn

VVK 25 €, AK 27 €

Fr., 13. November, 19.00

CD-Release von Alarmsignal

Mit: Alarmsignal - Rasta Knast - Daily Terroristen – Missbrauch - Überdosis-nichts

Buntes Haus - Eintritt: 5 €

Fr., 13. November, 21.00

Die Grassyworld.net Astra Pilsener - Rockparty

CD-Kaserne, AK 3,00

Fr., 13. November, 19.00

Neue Jazz Initiative – Session

Kunst & Bühne, Eintr. frei

Fr., 20. November, 20.00

Celle Rock City Party

Live Heavy Metal Party

CD-Kaserne, AK 5,00

Mo., 23. November, 19.00

„Es iz geven a Zumertog“. Das Wilner Ghetto im Spiegel seiner Lieder

Roswitha Dasch (Violine & Gesang) und Ulrich Raue (Klavier) lassen Musik erklingen, die den Menschen im Ghetto trotz aller Verzweiflung immer wieder Mut und Hoffnung gegeben hat.

Synagoge, Im Kreise

Mi., 2. Dezember, 19.30

Big Band Celle mit Melanie Germain

Kreistagssaal, Eintritt frei

Fr., 4. Dezember, 19.00

Jiddische Arbeiterlieder aus Russland, Polen und den USA

Alexander Fröhlich (Trier) singt zur Gitarre Lieder mit kommunistischen, sozialistischen und zionistischen Texten.

Synagoge, Im Kreise

Sa., 5. Dezember, 22.00

Celebration feat. NME CLICK

Buntes Haus, Eintr.: 4,00

Fr., 11. Dezember, 21.00

Michy Reincke

... mit Band und dem neuen Album "Jetzt ist schön"

CD-Kaserne, VVK: 13,90 / AK: 15,00

Sa. 12. Dezember, 19.00

Pour l'amour

Sabine Roth (Gesang) und Kai Thomsen (Gitarre) ... mit Kosho (Söhne Mannheims) und dem Kinderchor der katholischen Grundschule Celle

Stadtkirche, VVK: 16,90 / AK 19,00 – erm. VVK 10,90 / AK 12,00

Sa. 12. Dezember, 20.00

Uriah Heep – 40th Anniversary Tour

CD Kaserne, VVK: 25,90 / AK: 29,00

Sa., 19. Dezember, 20.00

Rocktail – The Band

CD Kaserne,

VVK 14,90, erm. 11,90 / AK 16,00

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 22.01.2010

Ständige Termine

Arbeitskreis “Eine Welt”
jeden Mi. 20.00 Uhr im Weltladen (Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17 Uhr

Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

sic! - sozial in celle

Erwerbslosenberatung
Je. Do. 14.30 - 17.00 Uhr
Neustadt 23

Attac-Plenum

Jeden. 1. und 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie,
Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie

Je. 2. Di. im Monat, 20.00 Uhr – ver.di-Büro, Wasserturm

Termine im Bunten Haus:

Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:
jeden Mi. ab 19 Uhr

Info-Café:
je. 1. + 3. Mi. im Mo., 19 Uhr

Archiv
jeden Do., 17-19 Uhr

Plenum
jeden Do., 19 Uhr

Volxküche
jeden So., 18 Uhr